

# Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Metzgerfeld, Magdeburg, für Inserate Familienanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 75, auswärts 80 Pf., Abatit geht 25 Pf., Kündn. Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Fernspr. Amt Norden 22861—22865, verlorren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Zert. 23 1/2 % Nachtrag (ab 19 Uhr) 22851. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatl. 2,30, Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15. — Aufschrift. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platz-Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., vorzchrift unwerblich. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 73

Donnerstag, den 27. März 1930

41. Jahrgang

## Neubesetzung der Provinzial-Präsidenten

# Ernennung der neuen Präsidenten

## Die Staatsregierung den Vorschlägen für Sachsen und Magdeburg beigetreten

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ teilt mit:

Das preussische Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau den Beigeordneten der Stadt Köln, Haas, MdL, zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern den Regierungspräsidenten von Haltern (Stettin), ferner zum Regierungspräsidenten in Stettin den Ministerialrat im preussischen Ministerium des Innern Hans Simons und zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. den Vizepräsidenten der Regierung Gumbinnen, Dr. Fikner, zu ernennen.

Für das freigewordene Oberpräsidium der Provinz Sachsen hat das Staatsministerium den Ministerialdirektor Dr. Falk, Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen, in Aussicht genommen. An Stelle des im Laufe der nächsten Monate wegen Erreichung der Altersgrenze auscheidenden Regierungspräsidenten Pohlmann in Magdeburg ist in Aussicht genom-

men, den Oberbürgermeister Weber (Halberstadt) zum Regierungspräsidenten zu ernennen.

Der Minister des Innern ist vom Staatsministerium ermächtigt worden, zur Durchführung der oben angeführten Beschlüsse sich mit den Provinzialausschüssen der betreffenden Provinzen in Verbindung zu setzen, um das erforderliche Einvernehmen herbeizuführen. —

### Weitere Ernennung und Amtsenthebungen

Das preussische Staatsministerium beschloß am Dienstag, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, die rechtsstehenden Landräte Klein (Leer), Rothberg (Fellingb. Ostel) und Freiherr von Hammerstein (Secien), die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtags der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entheben.

Die preussische Staatsregierung hat am Dienstag weiterhin beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtags Meyer (Solingen) zum Ministerialdirektor im Wohlfahrtsministerium zu ernennen. Die Ernennung ist auf einen Vorschlag des Wohlfahrtsministers Pirtkieser zurückzuführen. —

# Zollgesetze und Maismonopol angenommen

## Produzenten- und Verbraucherschutz

Der Reichstag hat am Dienstag in dritter Lesung die Zollgesetze und das Maismonopol angenommen und damit neue Wege der Zollpolitik beschritten.

Die Sozialdemokratie ließ durch den Abg. Schmidt (Köpenick), dem Landarbeiterführer, eine formulierte Erklärung abgeben. Darin wird betont, daß es sich bei diesen Fällen um eine Abwehrmaßnahme „ausländischer Staatsmanipulationen“ handelt, die die Kaufkraft eines wichtigen Teiles der deutschen Wirtschaft vermindern und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehren. Bei der Zustimmung der Sozialdemokratie ist vorausgesetzt, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, denn durchgreifend kann der Landwirtschaft nur durch Umstellung ihrer Produktionsverhältnisse geholfen werden. —

## Ein Schritt auf neuem Wege

Die Reichstagsitzung vom Dienstag, die die Verabschiedung der agrarischen Zollvorlage brachte, begann sehr munter. Ein deutschnationaler Döhring, Landrey mit Namen, brüllte die Rot des Diensts in den Saal. Die Kraftanstrengung war überflüssig. Sie weckte daher dauernde Heiterkeit und die ermunternden Zurufe: lauter, lauter! Der Redner nahm die Zurufe für bare Münze und steigerte die kräftige Stimme zum Orkan. Die Heiterkeit schwoll zum stürmischen Gelächter an. Das war die einzige Wirkung der Platitüden, die Landrey vorbrachte.

Lebhaft wurde der Saal auch bei den Ausführungen des Volksparteilers Japp. Er wandte sich temperamentvoll an die Rechte und an Schiele, der am Tage zuvor des Einducks wegen die „schwarzen Fahnen“ des Bauernaufstandes entrollt hatte. Deshalb stellt ihr euch in den Schmolzwinkel der negativen Opposition und arbeitet nicht mit? Sa haben wir versuchen müssen, eine Mehrheit mit links zu erreichen. Wir haben sie gefunden. Das Ergebnis liegt vor und wird Gesetzeskraft erlangen. Wenn's euch nicht genügt, hättet ihr mit Hand anlegen sollen. Starke Bedenken hat der Volksparteiler wegen des Maismonopols. Der freie Handel macht alles viel besser. Mit welchem Erfolg sieht man ja. Er denkt an keine Gewinnquoten und nicht an die Versorgung des Marktes im volkswirtschaftlichen Interesse. Technisch argumentieren in diesem Punkt auch die Demokraten.

Vor Japp und nach ihm kamen reihenweise die Vertreter der Bauernorganisationen zu Wort. Sie alle verlangen Hilfe vom Staat, den sie in ihrer Wehrheit während bekämpfen. Jeder sieht seine Schelle und beienfalls

auch die seiner Nachbarn; keiner gibt sich die Mühe, das allgemein komplizierte Problem aus einer gewissen Perspektive zu überblicken und zu zergliedern. Keiner legt den nötigen Wert auf die Selbsthilfe und die Anpassung an die Bedingungen des Abjages.

Gemeinsam war ihnen vielmehr die Neigung, die Hilfe zu verkleinern, die die Sozialdemokratie mit ihrer Zustimmung bietet. Sie fürchten offenbar, daß diese Haltung auf ihre Anhänger Eindruck machen und ihnen die bequeme Behauptung enturzeln wird, die Sozialdemokratie sei aus Prinzip und Neigung bauernfeindlich.

Für unsre Fraktion verlas Abg. Georg Schmidt (Köpenick) eine Erklärung, die die Gründe knapp zusammenfaßt, von denen sich die Sozialdemokratie bei dieser Vorlage leiten läßt. Durch ihre Mitarbeit und durch ihre Beeinflussung der Zollfrage versucht sie nicht nur für die Erzeuger, sondern im gleichen Maße für die Verbraucher einzutreten, was bei der Mitwirkung der Deutschnationalen niemals geschehen ist. Dabei bemühen wir uns, die agrarischen Fragen volkswirtschaftlich zu sehen. Wir sind uns daher bewußt, daß mit der vorgesehenen Regelung nicht die allgemeine und sicher wirkende Hilfe gebracht werden kann, die Schiele als Opponent verlangt und die er als Landwirtschaftsminister ebenso wenig geboten hat.

Diese Leistung geht weit über die Kraft einer einzelnen Partei und eines einzelnen Parlaments hinaus. Vor Weihnachten wurde z. B. zur Stützung der Roggenpreise unter Mitwirkung der Sozialdemokratie zolltechnisch und durch Einlagerung eingegriffen. Die Maßnahme hat gar nichts genützt. Die polnische und die russische Roggencinfuhr zu Schleudervereisen hat alle Berechnungen über den Haufen geworfen. Mit Zollerhöhungen — mögen sie selbst phantastische Formen annehmen — ist in der Roggenfrage gar nichts zu machen.

Man versucht jetzt, dem Roggen von der Weizenseite beizukommen und durch ein Brotgesetz, das ein reines Roggenbrot zu billigen Preisen einführen will und das augenblicklich im Ausschuss gestaltet wird. Der Landwirtschaftsminister Dietrich hat aber mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß selbst der Weizenzolltag von 12 Mark glatt überannt würde, wenn Amerika die Schleusen seiner enormen Vorräte öffnen und diese zu Lutzungs-zwecken nach Europa werfen würde. Zollerhöhungen werden — mindestens vorübergehend — auch illusorisch, wenn eine starke Vorverforgung stattfindet wie es zu Weihnachten bei der Gerste zu konstatieren war.

Daraus erwächst die Lehre, daß die Zölle kein Allheilmittel sind, wie die großagrarischen Kreise aus Bequemlichkeit es immer noch annehmen, sondern daß sie nur als kleines Gelegenheitsmittel noch in Frage kommen. Wirk-

samer ist die schnelle Umstellung auf die Marktverhältnisse und die Absicherung durch Verkehr von Genossenschaft zu Genossenschaft. Daran hapert es bei uns gewaltig. Es sind erst kümmerliche Anlässe für diese Sicherung des landwirtschaftlichen Abjages vorhanden.

Der Bauer schlechweg ist Privatwirtschaftler. Der Boden gehört ihm; er kann auf seinem Grunde machen, was er will. Die Rot belehrt ihn, daß er mit seiner Ueberspannung des Eigentumsstolzes nicht zu Rande kommt, daß ihm der Boden durch Verschuldung unter den Füßen weggezogen wird. Die Rot wird ihn allmählich erkennen lassen, daß in die Anarchie der landwirtschaftlichen Produktion Ordnung, System und Plan gebracht werden muß, wenn er für seine Arbeit eine sichere Bezahlung, für sein Kapital eine genügende Verzinsung haben will. Die Roggenanbaufläche kann in Deutschland um ein Fünftel vermindert werden. Sie muß es, wenn wir die Roggenmühere überwinden wollen. Es ist aber heute noch keine Macht vorhanden, die die Senkung erzwingt. Und freiwillig? Wir glauben nicht daran, daß sie eintreten wird.

Die Landwirte dürfen daher nicht annehmen, daß mit den neuen Zollfällen ihre Not glatt überwunden wird. Sie müssen selbst Hand anlegen und sich überdies den sozialdemokratischen Bestrebungen anschließen, die zu einer höheren nationalen Erzeugungsweise führen.“ Die Zeit der starren Privatwirtschaft ist vorüber.

Dagegen wehren sich einseitig auch die bürgerlichen Parteien die Abstimmungen, die zum Schluß der Sitzung stattfanden, haben das hinlänglich bewiesen. Sie haben außerdem dargelegt, daß die Deutschnationalen ihre doppelte Buchführung wiederholen, die sie schon beim Dawes-Plan betrieben haben.

Zuerst wurde das Handelsmonopol für Mais erledigt. Die Deutschnationalen wünschten die Annahme, wagten aber aus agitatorischen Gründen nicht für das Monopol einzutreten. Sie mußten, daß viele Demokraten und Volksparteiler gegen die Vorlage stimmen würden. Wenn sie sich ihnen anschlossen, würde die Vorlage abgelehnt werden. Sie enthielten sich daher. Die Abstimmung ergab folgende Zahlen:

Maismonopol:	
Ja	195
Nein	122
Enthalten	78
Zusgesamt	395

Bei den übrigen Vorlagen war die Gefahr der Ablehnung nicht vorhanden. Die Regierungsparteien stimmten geschlossen. Die Deutschnationalen konnten also ohne Gefahr Opposition markieren und sich vor ihren Wählern damit brüsten, daß sie die „ganz ungenügenden“ Sätze abgelehnt hätten.

Die Abstimmungen brachten daher folgendes Bild:

Weizen:	
Ja	273
Nein	128
Zusgesamt	395

Gerste:	
Ja	260
Nein	126
Enthalten	10
Zusgesamt	396

Raltatartoffeln:	
Ja	278
Nein	54
Enthalten	68

Zuder:	
Ja	269
Nein	54
Enthalten	72
Zusgesamt	395

Ueber die nunmehr geltenden Zollfälle und diese Abstimmungen wird noch manches Wort im Parteienkampfe gewechselt werden. Die Sozialdemokratie ist sich der Tragweite ihrer Stellungnahme durchaus bewußt. Sie kennt auch ihre Bedingtheit. Sie geht in ihrer Agrarpolitik zielbewußt vor und weiß, daß die Entwicklung ihr einmal recht geben wird.

Sie will alle werktätig Schaffenden zusammenschließen und wird es auch erreichen. Die Sorge um und die Hilfe für die Arbeitsbauern ist nur ein Schritt auf ihrem Wege. —



# Agrarzollvorlage und Brotpreis

Von Dr. Friß Waade.

II.

Die von der Sozialdemokratie befürwortete Kagozierungspolitik, mit deren Hilfe die Stützungstelle heute in Deutschland über einen Roggenwert von 400 000 Tonnen verfügt, hätte bisher eine Lücke, die durch die neue jetzt dem Reichstag vorliegende Vorlage geschlossen werden sollte war nämlich mit der Gefahr belastet, daß die Brotgetreidereserve mit Verlust verkauft werden muß, falls auf eine reiche Ernte oder wie jetzt auf zwei reiche Ernten nicht eine harpfe, sondern nochmals eine reiche Ernte folgt.

Sie wird durch die neue Vorlage Abhilfe geschaffen, und zwar durch das Weizenmonopol und durch die Änderung des Getreidezolls. Damit wird Sicherheit gegeben, daß die Roggenüberschüsse auch bei der Aufeinanderfolge mehrerer guter Ernten als Futtermittel verwendet werden können. Eine Verteuerung der tierischen Produktion tritt hierdurch nicht ein; denn gleichzeitig mit der allgemeinen Erhöhung des Getreidezolls auf 10 Mark tritt die Ermäßigung für die Regierung ein, den Getreidezoll auf 2 Mark für diejenigen Landwirte zu senken, die neben der Getreide eine entsprechende Menge von esportiertem Futtermittel ernten.

Diese neuen Mittel zur Roggenmahlung ernähren sich nun vollends von der überlieferen Form der Jolle. Mit harten Jollen und mit Einfuhrzöllen in der Höhe des Jalles wurde schließlich dem Getreidebau die Sozialdemokratie bei der Preisbildung des Getreides neue Wege wies. Heute haben wir bereits:

1. Bewegliche Jolle für Roggen und Weizen.
2. Beteiligte auf die Erhöhung des Einfuhrzöllen.
3. Ein nationales Roggenmahlungsmittel (Deutsch-polnisches Roggenmahlungsmittel).

Nach den neuen Vorhaben wird ein nationales Weizenmonopol und eine Handhabung des Getreidezolls hinzukommen, die planmäßig in den Dienst der gemeinwirtschaftlichen Roggenmahlung gestellt werden soll.

Das ist mit einer solchen Politik nicht Verbraucherinteressen gefährdet, sondern entsprechend dem Verständnis der Sozialdemokratie in ihrem Ziel Agrarprogramm, die gemeinsamen Interessen von Erzeugern und Verbrauchern gefördert werden, ist leicht zu erkennen. Siehe man die Roggenpreise bis zu dem Maße zurückgehen, wie sie es ohne die im Dezember beschlossene und die jetzt neu vorgeschlagene Maßnahmen sein würden, so könnte der Verbraucher zwar vielleicht für den Augenblick billigeres Brot haben, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Erzeuger überhaupt diesem Strebe der Getreidepreise folgen würden. Doppelt und dreifach steigt er aber durch den Anstieg des in den nächsten Jahren zu erwartenden hohen Preisverhältnisses und die Fortsetzung auf einen niedrigen Preisstand für Roggen sowie in dem Augenblick in nicht geringem, was dem Verbraucher durch unwirksam verbliebenen Preisen für deutsche Roggenprodukte gefährdet ist.

Der „Roggenmarkt“ ist ja überhaupt eine ganz neue Schöpfung. Seine Geschichte beginnt mit 1 Million Tonnen, während dann die deutschen Roggenpreise je nach dem Weizenmonopol, von 2 Millionen Tonnen und mehr schwanken. Bei guten Ernten exportiert Deutschland 1/2 Millionen Tonnen Roggen und die Preise fallen dann auf dem „Weltmarkt“ ins Bedeutende, besonders wenn dann nach Polen und England gleichzeitig ihre Exportverhältnisse verschlechtern. Bei schlechten Ernten muß

Deutschland 1/2 Million Tonnen Roggen importieren und die Preise steigen dann auf das Doppelte und Dreifache.

Vollkommen unausdenkbar wäre schließlich die Brotteuerung, wenn Deutschland seine Roggenproduktion verjagen ließe und dann auf diesem Weltmarkt, der ja keiner ist, seinen ganzen Roggenbrotdbedarf der städtischen Bevölkerung, nämlich 3 1/2 bis 4 Millionen Tonnen Roggen, kaufen wollte. Eine Politik, die den Roggenpreis stützt, wenn

er infolge guter Ernten und infolge der Schleuderpolitik Sowjetrußlands ganz abzusinken droht, die dadurch den deutschen Roggenbau und die Grundlage unserer Brotversorgung erhält und eine Politik, die bei reichen Ernten eine Brotgetreidereserve für den Fall einer Missernte anlegt, ist daher nicht nur eine gute Agrarpolitik, sondern vor allem und in erster Linie die beste Verbraucherpolitik! —

## Keine Verständigung der Parteiführer Nächtliche Verhandlung - Die Fraktionen beraten

Die am Dienstagabend um 9 Uhr in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers begonnene Verhandlung der Parteiführer über die Finanzprobleme wurden um 12.30 Uhr nachts beendet.

Ein Verständigung wurde nicht erzielt. Es scheint überaus, daß die eigentliche Entscheidung nicht bei den Beratungen der Parteiführer und der Fraktionen, sondern erst bei der Beratung der Regierungsvorlagen im Plenum des Reichstages fallen wird.

Am Laufe des Tages dürften sich zunächst die Fraktionen der Regierungsparteien nochmals mit den unratigen Fragen beschäftigen. Nachmittags um 4 Uhr jedoch dann unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die Besprechungen der Parteiführer bzw. Finanzjuristen wieder aufgenommen werden.

### Streit um die Arbeitslosen-Versicherung

Der Nachtigung der Parteiführer gingen Besprechungen am Montagvormittag voraus. Sie wurden eingeleitet durch einen Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung, den die Sozialdemokraten ablehnten. Sie erklärten, sie müßten in dem einen alten Antrag der Deutschen Volkspartei bestehen, der bereits in früheren Verhandlungen von der Sozialdemo-

kratie als unmöglich bezeichnet worden sei. Er beschränkte die Darlehnsfrist des Reiches für die Arbeitslosenversicherung und begrenzte bei ungenügenden Einnahmen der Versicherung den Ausbau der Leistungen.

Die Sozialdemokratie betrachtete die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März zur Arbeitslosenversicherung, der der Reichstag inzwischen zugestimmt habe, als eine geeignete Grundlage für die Verständigung der Parteien. Dieser Vorschlag sieht neben einem festen Reichszuschuß für 1930 in Höhe von insgesamt 200 Millionen (150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien und 50 Millionen aus der Industriebelastung) erhebliche Beitragsentnahmen bis zu 4 Prozent vor, durch die der Staat der Reichsrenten in der Höhe von 1929 gesichert ist.

Später befaßten sich die Unterhändler der Regierungsparteien mit der Aufgabenbeschränkung und der Steuerleistung. Auch hier bestehen zwischen den Regierungsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei, sehr weitgehende Meinungsverschiedenheiten, deren Hebung nicht leicht ist, weil die Deutsche Volkspartei auf der Festlegung von umfangreichen Steuererhöhungen bereits in diesem Augenblick durch Spezialgesetze besteht. —

\*  
r Berlin, 26. März. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt heute vormittag um 10 Uhr zur Besprechung der Finanzprobleme zusammen. —

## Die Gewerbesteuer im Landtag

Damien hat drei Kategorien: Gewerbesteuer, Grundbesitzsteuer und Grundbesitzsteuer. Von diesen drei Steuern hängt die wesentliche der Staat des Landes und der Gemeinden ab. In Umsetzung der neuen Reichsfinanzreform sind diese Steuern in den letzten Jahren jeweils nur für das laufende Etatsjahr verlängert worden. Entschieden müssen sie jetzt für das Jahr 1930 verlängert werden. Das wird bei der Grundbesitzsteuer und Gewerbesteuer oder allen großen Widerstand gefunden. Selbst bei dem einig ist dagegen, seit Jahren die Gewerbesteuer, die ursprünglich dem Mittelstand so schwer belastet, daß er gar nicht mehr ertragsfähig ist. Seit Jahr und Tag können nicht nur die Exportindustrien, sondern auch die Kleinhandwerker der Regierungsparteien gegen die Gewerbesteuer an und verlangen Erleichterung für die bisherigen Gewerbesteuerpflichtigen durch Einbeziehung der kleinen Betriebe in den Schutzbereich der Gewerbesteuer und Erleichterung durch eine allgemeine Absenkung, die sogenannte Vermögensabsenkung, die nun jedem Gewerbetreibenden eine Minderungsleistung auf die Höhe der Einkommensteuer mit 6 oder 9 Mark im Jahr erheben werden soll.

Gegen diese letzte und ungenügende Form der Absenkung hat sich der Gewerbesteuern in Kreisen mit aller Bestimmtheit und Beharrlichkeit ausgesprochen. Sie hat sich schon im Vorjahr bei der letzten, nach einer ungenügenden Beratung die Angelegenheit der kleinen Betriebe der Gewerbesteuer zu unterstützen, eine Absenkung, die im Vergleich mit dem Einkommen des Steuerpflichtigen nicht so hoch ist, wie im Jahre bei der Gewerbesteuer vermindert, bescheiden und demnach von dem Antrag auf Einführung der Vermögensabsenkung abgelehnt. Einmalen soll wiederum verlangt werden, die kleinen Betriebe in die Gewerbesteuer einzuführen.

Damier geht es am Dienstag im Preussischen Landtag letzter Debatte, in deren 114. Sitzung (Sitzung) nach einem der sozial und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Vermögensabsenkungsabkommens werden berichtet.

### Hr. Epke (Sop.)

Frage: Wie wird geglaubt, Deutschland als heute hier im

Landtag haben im Hauptausschuß die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie auf den Verwaltungskostenbeitrag beschränken. Angehlich soll Preußen gezwungen sein, den sozial bittren Weg zu gehen, auch den niedrigst entlohnten Arbeiter mit einer Kopfsteuer zu belegen. Diese Notwendigkeit soll aus der angeblichen Tatsache folgen, daß die große Klasse der Arbeitnehmer zu den Zeiten der Gemeinden nichts Wesentliches beiträgt. Demgegenüber habe ich bereits bei der ersten Lesung nachgewiesen, daß die Klagen über die Gewerbesteuer maßlos übertrieben werden. Ich habe statisch bewiesen, daß der weitaus-

größte Teil aller Gewerbebetriebe steuerfrei

ist und vom Rest wiederum der größte Teil nur die niedrigste Steuerstufe bezahlt. (Hört, hört, bei den Sop.) Darauf haben im Hauptausschuß die angeblichen Vertreter des Mittelstandes erwidert, die Tatsache treffe zu, bewiese aber nur die geringen Einkommensmöglichkeiten des Mittelstandes. Vergleichend wir also diese Einkommensmöglichkeiten des Mittelstandes mit denen der Arbeitermassen. Wir haben in Preußen 317 585 Gewerbebetriebe, die nicht gewerbesteuerpflichtig sind, weil ihre Einkommen ein Einkommen von 1500 Mark nicht erreichen. Und wir haben in Preußen 10,3 Millionen Arbeitnehmer, die ein Einkommen unter 1500 Mark nicht erreichen, weil sie 1200 Mark Einkommen nicht erreichen. (Lebhaftes Hört, hört, bei den Sop.) Deshalb werden wir uns mit vollem Recht dagegen, den Arbeitnehmern neue Lasten aufzusaddeln, um die Gewerbesteuerpflichtigen zu entlasten. (Sehr wahr! bei den Sop.)

Dringt es denn nun zu, daß die Arbeitnehmer zu den Steuern der Gemeinden verhältnismäßig wenig beitragen? Die Gewerbesteuer erbrachte in Preußen im Jahre 1925 465 Millionen, das sind 24,6 Prozent des Gesamteinkommens. Die Grundbesitzsteuer erbrachte 229 Millionen oder 12,1 Prozent. Davon werden zweidrittel oder 11,3 Prozent von den Arbeitnehmern zu zahlen. (Hört, hört, bei den Sop.) Die Einkommensteuereinzahlungen der Gemeinden betragen 334 Millionen gleich 17,7 Prozent des gesamten Steuereinkommens. Wiederum entfällt

## Contra-Sonnet

Einleitung: Einleitung.

Die Kunst des Sonnetts ist kein leichtes zu machen, sie steht hoch im Rufe, und jeder, der sich der Kunst des Sonnetts widmen will, muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen. Es ist nicht das einfachste, was man sich vorstellen kann, sondern es ist eine Kunst, die nur den Ausgewählten offen steht. Sie ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll.

Der Dichter des Sonnetts muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen. Er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen. Er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen. Er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen.

Die Kunst des Sonnetts ist ein Kunstwerk, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll.

Das Sonnet ist eine Kunst, die nur den Ausgewählten offen steht. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll.

Der Dichter des Sonnetts muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen. Er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen. Er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen, er muß sich mit der Kunst des Sonnetts auseinandersetzen.

Die Kunst des Sonnetts ist ein Kunstwerk, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll. Es ist die Kunst, die die Dichtung des Sonnetts zu einem Kunstwerk macht, das nicht nur gelesen, sondern auch bewundert werden soll.

## Stiller Kranens Jabet ins Glück

Ein Jabet ins Glück.

Das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück.

Das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück.

Das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück.

Das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück.

Das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück. Es ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück, das ist ein Jabet ins Glück.



# Kleine Chronik

## Die Bärenschinken-Trichinose

Das achte Todesopfer.

Stuttgart, 26. März. Der trichinöse Bärenschinken hat am Dienstag gegen Abend das achte Todesopfer gefordert. Der aus Berlin gebürtige 35jährige Kaufmann Dehne, der seit Anfang März im hiesigen Diakonissenhaus lag, ist an den Folgen des Genusses von Bärenschinken gestorben. Seine Frau, die vor Wochen ebenfalls an Trichinose erkrankte, befindet sich zurzeit in Berlin in Behandlung.

Von den an Trichinose erkrankten Personen liegen zurzeit noch 16 schwer darnieder. —

Zu den Todesfällen durch Trichinose in Stuttgart verlaute neuerdings, daß der in Mannheim erschossene Zirkusdirektor, von dem der Katastrophenschinken stammte, schon deswegen nicht als gesund hätte betrachtet werden dürfen, weil der Verlust des Auges, der zur Tötung des Tieres Veranlassung gab, zu mindestens das Vorhandensein einer trichinösen Erkrankung hätte wahrscheinlich machen können.

Indessen liegen über den Grund des Verlustes des Auges widersprüchliche Meldungen vor. Während die einen behaupten, daß er durch Krankheit entstanden wäre, sprechen andre von einem Unfall. —

## Der dritte Jakubowski-Prozess

Nachdem der erste Tag des neuen Jakubowski-Prozesses im Zeichen der neuen Laffik der Frau Kähler stand, die durch eine Reihe überraschender Behauptungen ihre Söhne Fritz und August Rogens entlasten will, um dafür Blöder und Kreuzfeld in den Vordergrund zu rücken und auch Fritz und August Rogens ihre früheren Geständnisse restlos zurückgenommen haben, hat das ganze logische Gebäude, auf das sich die Anklage des vorigen Jahres stützte, einen unheilbaren Stoß erhalten. Die eventuelle Schuld Jakubowskis stütze sich insbesondere auf die Aussagen der Frau Kähler und auf das Geständnis des Fritz Rogens. Nunmehr aber, betonte Rechtsanwalt Brandt zu Beginn der Dienstag-Verhandlung, sind die letzten

Argumente, die für eine Schuld Jakubowskis sprachen, fortgefallen.

Auf Grund dieser Tatsache, erklärte Dr. Brandt, der Vertreter der Nebenklage, daß er seinerseits auf die meisten Zeugen verzichten könne. In einer Besprechung sämtlicher Prozeßbeteiligten wurde daraufhin im ganzen der Verzicht auf elf Zeugen beschlossen.

Rechtsanwalt Brandt fragte August Rogens: „Geben Sie zu, daß Sie gesagt haben, der arme Ruffe hat drangebracht, um mich zu retten, aber meine Mutter, das was, gehört hoxs Reil?“ August Rogens bejaht die Frage, weil angeblich Jakubowski vor seiner Hinrichtung Frau Kähler beschuldigt hätte. Rechtsanwalt Brandt stellt darauf fest, daß Jakubowski nie als ein Mitglied der Familie Rogens der Tat beschuldigt hätte. Weiter sagt August Rogens aus, daß er Paul Kreuzfeld der Anführung beschuldigt hätte, weil der ihn verhaften wollte. Im übrigen hätte er sein Geständnis nur abgelegt, weil Kriminalrat Gennat ihm gesagt hätte, daß er im Falle des Geständnisses nicht mehr als zwei Jahre Gefängnis bekäme.

Oberstaatsanwalt Dr. Weber: „Ihre Wahrheitsliebe hängt also davon ab, ob Sie schwer oder leicht bestraft werden sollen?“

Blöder bleibt bei seiner Vernehmung im wesentlichen bei seinen im Vorjahr gegebenen Darstellungen. Fritz Rogens bekräftigt die Aussagen Blöders. Es handelt sich insbesondere darum, wann Blöder den kleinen Emad Rogens am Morgen des Montagtags noch gesehen haben will. Kreuzfeld hätte er am freitäglichen Tage nicht gesehen. Er selbst stände mit der Tat in keinerlei Zusammenhang.

## Goldmann und Geyer

Roman von G. von Saß

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

(17. Fortsetzung.)

Geyer gab wie ein Museumsdiener Erklärungen zu seinen Sammlungen. Natürlich waren sie alle kostbar. Ein Reichthum war hier in Schränken und Vitrinen untergebracht! Geyers Augen gingen voll Beisternis darüber hin, aber schließlich bemerkte er:

„Unser größter Reichthum ist doch unser Geschäft. Daß Goldmann mit daran beteiligt ist, will nichts sagen; die Summe, die er noch drinstecken hat, ist nicht groß. Unser Geschäft repräsentiert einen gewissen Wert seiner Einlage. Es muß stets bedacht werden, daß unser Geschäft all unsern andern Lebensdingen vorgeht. Du darfst nie böse sein, wenn ich dich einmal des Geschäftes wegen vernachlässigen muß.“

„Aber gewiß nicht“, beteuerte Lotte, die sich nichts fehnlicher wünschte, als er vergähe sie gänzlich über seinem Geschäft. Sie wollte dies Geschäft lieben, wollte in ihm witten. „Du mußt mich erlauben, daß ich dir im Geschäft helfe, Jakob.“

Er sah lächelnd auf sie nieder.

„Na nu, Lotte, nur nicht zu viel Biererei, wir haben es ja nicht nötig, daß du dich ins Zeug legst. Ich schaff's schon allein.“

Er sah auf seine Taschenuhr.

„Es wird Zeit, unsere Gäste werden gleich kommen, und ich muß dir noch dein Zimmer zeigen. Ich kenne es selbst noch nicht, der Architekt hat es nach meinen Angaben eingerichtet, während wir auf der Reise waren.“

Sie durchschritt eine Flucht von vier Zimmern, von der rechts und links ein Gang abging.

„Im rechten Gang liegt dein und im linken mein Zimmer“, sagte Jakob, die Tür, die zur rechten Hand lag, öffnend. Sie waren in einem mehr traulich als elegant eingerichteten Raum, über dem das matte Licht einer feidenbesetzten Stuhlampe fiel.

„Du sagtest mir einmal, daß du kleine, zierliche Möbel, wie man sie in den üblich eingerichteten Damenzimmern antreffe, nicht liebst“, sagte Jakob. „Da lieh ich diese alten Sachen herbeizustellen.“

„Das war nett von dir, Jakob, sie geben mehr Behaglichkeit als die kleinen geschmückten Möbel, denen meinem Gefühl nach immer etwas Zerklüftes anhaftet.“

So, nun hatte sie endlich etwas gesagt, das ihr Interesse bezuimmern ließ.

Sie schritt auf den Schreibtisch zu, der links vom Fenster stand und in seiner massigen Breite die ganze Wand einnahm. Sie sagte, daß er ihr gefiel.

Jakob strich über das dunkle Holz der Platte und erklärte: „Er ist aus dem sechszehnten Jahrhundert, und der Sessel hier ist ebenfalls aus der Zeit der deutschen Renaissance.“

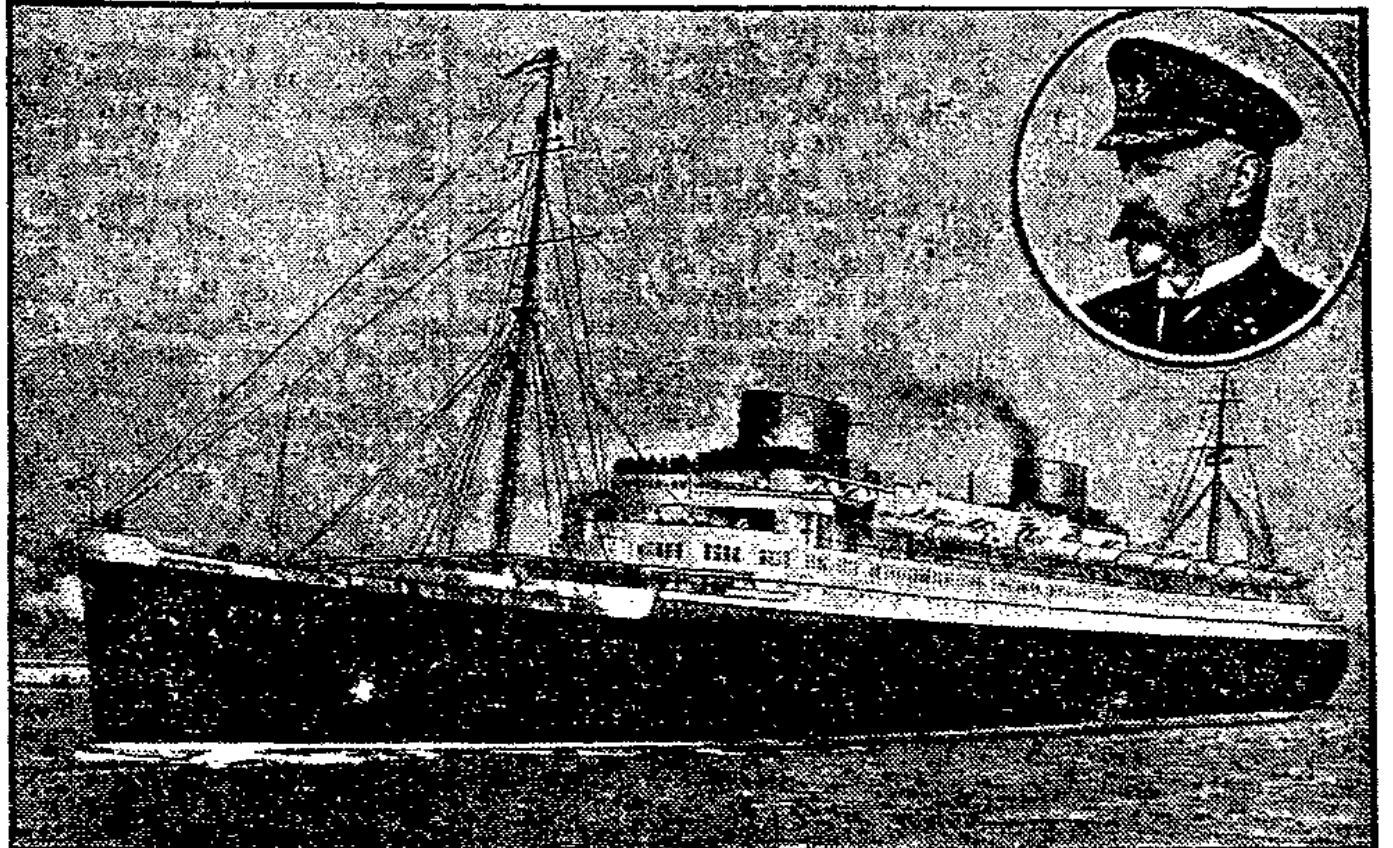
Lotte's Blick ging über die Gegenstände hin. Dabei dachte sie daran, wie anders es in der Wohnung ausgesehen hätte, die Hans

# Das Blaue Band für die „Europa“

Der neue Atlantikrekord: Vier Tage, siebzehn Stunden, sechs Minuten

Am Dienstag, nachmittags 1/4 4 Uhr (Berliner Zeit), ist die „Europa“ in den Hafen von Newport eingelaufen. Zahllose Sirenen stimmten ein Freudengeheul der Begrüßung und Gratulation an; Autohupen aller Tönungen schallten in den Chor ein. Begeisterte Rufe der Menge, die, mit Liedersingen sich die Zeit vertreibend, zu Tausenden die Ufer säumte — bereits um

Die letzten Fahrstunden bei rauher See. Während der letzten Nacht mußte die „Europa“ bei ziemlich starkem Nebel fahren. Das Meer wogte in starker Dünung. Das Schiff kam aber gleichmäßig schnell vorwärts und lag auch gut im Wasser. Die Passagiere an Bord hatten fast durchweg darauf verzichtet, ihre Kabinen — d. h. auf der „Europa“ heißen diese



## Das Rekordschiff und sein Kapitän Johnson

12 Uhr (Berliner Zeit) hatten sich die ersten Neugierigen am Lloyd-Pier versammelt — verstärkten den enthusiastischen Willkommensgruß.

Der Führer der „Europa“, Commodore Johnson, nahm nach Erledigung der ersten Zollformalitäten von Bord aus das Wort zu einer Rede, in welcher Radiomikrophon Tausenden und Millionen in der Alten und Neuen Welt zugänglich gemacht, eine Schilderung der letzten interessanten Fahrstunden darstellte.

Die „Europa“ hat am Dienstagmorgen um 5.54 Uhr amerikanischer Zeit (11.50 Uhr Berliner Zeit) nach einer Fahrtdauer von 4 Tagen, 17 Stunden ab Cherbourg das Ambrose-Feuerschiff passiert. Die schnellste Reisedauer der „Bremen“, die bisher das Blaue Band des Ozeanrekordes hüten durfte, ist damit um 36 Minuten unterboten. Die „Europa“ ist auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,91 Seemeilen gekommen gegen 27,72 Seemeilen der „Bremen“.

Bei Beurteilung der Leistung der „Europa“ muß man berücksichtigen, daß sie erstens bedeutend schlechteres Wetter hatte als die „Bremen“ bei ihrer Rekordfahrt und sie außerdem infolge der Wetterlage eine um 70 Seemeilen längere Route wählen mußte. Johnson hat überhaupt von Anfang an gar keine Rennfahrt geplant. Man kann somit die erreichte Geschwindigkeit der „Europa“ als gute Durchschnittsgeschwindigkeit betrachten und damit rechnen, daß die „Europa“ bei ihrer Ozeanfahrt niemals viel länger als 4 Tage und 17 Stunden gebrauchen wird.

## Tiefe Vernehmung löst die Vernehmung des Zeugen Landgerichtsrat Hundt

aus, der als Untersuchungsrichter zuerst die Brüder Rogens und Frau Kähler vernommen hatte. Er erzählt, die Behauptung, daß die Geständnisse des Fritz Rogens ihm förmlich abgepreßt worden wären, sei frech erlogen. Rogens hätte auch nach Rechtsbelehrung mit Hinweis auf die Todesstrafe sein Geständnis voll aufrecht erhalten. Weiterhin belasteten die Bekundungen des Zeugen Hundt den Oberstaatsanwalt Müller, der gleich zuerst dem Rogens gesagt hat, daß er gar nicht der Täter sein könne, weil er am Montag nicht in Pasingen gewesen wäre. Erst daraufhin hätte Rogens sein Geständnis widerrufen. —

neuerdings „Zimmer“ — aufzufuchen, um den Erfolg der Fahrt abzuwarten; viele, besonders alle Amerikaner, waren durch Wetten an ihr interessiert. Der Jubel bei der Bekanntgabe, daß die „Europa“ das Ambrose-Feuerschiff gegen 6 Uhr morgens (amerikanischer Zeit) erreicht wurde, steigerte sich zu köhnen Freudenaustrüchen, als das Leuchtschiff tatsächlich um diese Zeit gesichtet wurde. Der Kapitän und die Ingenieure versicherten den Passagieren, daß der erreichte Rekord im Sommer sehr bequem beträchtlich zu steigern sei, wenn die Dünung nicht so stark ist, keine Gegenwinde die Fahrt beeinträchtigen und das Neuzerlein aus den Maschinen herausgeholt werden kann. Außerdem wird im Sommer die nördliche Route benutzt, die augenblicklich wegen der Eisberggefahr nicht gefahren wird.

Als die „Europa“ bei der Quarantäne Station Staten Island zum ersten Male stoppte, ging eine große Zahl von Journalisten, Photographen, Rundfunkleuten, Lloydangehörigen und geladenen Privatpersonen, die mit zwei Schleppern dem Schiff entgegengefahren waren, an Bord. Das große Publikum wird allerdings erst am Donnerstag zur Vertheilung zugelassen. Es ist mit einem großen Andrang zu rechnen, zumal die Zeitungen schon vor der Ankunft des Schiffes spaltenlange Berichte über das ozeanische Hotelwunder und seine Rekordfahrt brachten. Jetzt betonen die Blätter besonders, daß der Brand der „Europa“, die ja ursprünglich gleichzeitig mit der „Bremen“ fertig werden sollte, ihr Glück gemein sei, da man sich bei ihrem Neubau die auf der „Bremen“ gemachten Erfahrungen hätte zunutze machen können.

## Frühtagegeld in Rumänien

Das erst vor fünf Tagen in Konstanza eingetroffene rumänische Metallgeld, das in England hergestellt und von der rumänischen Nationalbank verausgabt worden ist, wurde auf Regierungsbeschluss nach einem Umlauf von fünf Tagen aus dem Verkehr gezogen.

Die neuen Hartgeldmünzen von 5 und 20 Lei sind derart primitiv, daß sie ohne weiteres gefälscht werden können. Außerdem haben raffinierte Gauner diese Münzen für 10- und 20-Kronen-Goldstücke zu enormen Preisen an die leichtgläubigen Bauern veräußert. —

„Du wirst et schon lernen, Lotte. Aber von mir mußte ich verlangen, daß ich ma noch umstellen soll. Wenn wa unter uns sind, wie eben jetzt, denn schab't er am Ende nicht, wenn ich plumper zufasse, als ich dürfte. Ihr seht darüber weg, nehmt's ma nich' übel; aber laßt bei mal von so'n besserer Hausmädchen, wie eure is, die jenau Bescheid weiß, bemerkt werden, dann sind wa unten durch. See, Lotteken, woll'n wa in Zukunft zusammen Tee trinken oder zusammen essen; denn bei mir — dein Mann nimmt mir's nich' übel, und du auch nich, daß ich das gleich heute, am ersten Abend, zur Sprache bringe —, was besprechen is — is besprochen.“

Lotte sah still vor sich hin. Sie war von den Worten der Mutter schmerzlich berührt. Geyer bemerkte es, und seine Hand auf die ihre legend, sagte er:

„Deine Mutter überhört uns; wir denken gar nicht daran, jeden Tag an so feierlich gedecktem Tische zu essen oder unsern Tee zu trinken. Und sie wird wohl noch oft bei uns Tee trinken und wir auch bei ihr. Daß sie uns gleich am ersten Abend die Gastfreundschaft auffindigen will, das lassen wir uns nicht gefallen, nicht wahr, Lotte?“

Lotte sah zu ihm auf. Ein guter Mensch war er doch. Sie drückte seine Hand.

Mutter Rentin war gerührt — der Jakob hatte ein Herz, das fühlte man, der würde schon, um Lotte nicht zu tranken, nie zugeben daß er von der Gegenwart ihrer Mutter peinlich berührt war. Aber er war es. Sie hatte es bemerkt, daß er das Mädchen fernbielt, und daß er später, als das Mädchen im Zimmer zu tun hatte, voll Unruhe darauf wartete, daß es endlich wieder hinausging. Sie wollte über diese Sache nicht mehr sprechen; aber Geyer sollte er in seinem Hause nie vor ihr werden.

Jakob erkundigte sich nach Ida und ihrem Mann. Ob es gut in der Ehe ginge? Mutter Rentin kam nicht recht mit der Sprache heraus. In Annas Gegenwart wollte sie nichts Nachteiliges über Bestohal sagen. Geyer ahnte, daß sie mit diesem Schwermertion nicht sehr zufrieden war. Er Jakob die Ausdrücke über ihn für später hinaus. Was der Junge machte, wollte er wissen. Mutter Rentin sah ihn an mit einem Blick, der voll Qual war.

„Denken Sie bloß, der Direktor läßt den Weinachten nicht fahren, und ich hab doch so'n Sehnsucht nach mein'n Jungen!“

„Was heißt das, er läßt ihn nicht fahren?“ fragte Geyer.

„Nu, er darf nich in de Weinachtsferien.“

„Na, das war ja — den Jungen hol ich schon! Morgen — spätestens übermorgen fahre ich im Auto hin und bring' ihn gleich mit zurück.“

Mutter Rentin war glücklich.

„Herzich, wenn Sie das täten, mir den Jungen holen, das wäre meine größte Weihnachtstrende!“

Er versprach es — versprach es ganz fest. Warum sollte er für diese Freude nicht machen; es war ja eine Kleinigkeit. Bei dem Aus war er in etwa drei Stunden in dem Hotel — mit dem Direktor wollte er schon fertig werden.



Schweres Unglück in Mexiko

In einer Vorstadt von Mexiko-Stadt platzte ein großer Wasserbehälter, wodurch die ganze Vorstadt unter Wasser gesetzt wurde. Zehn Personen wurden getötet und eine verletzt.

Bestialischer Mord an der Geliebten

In Bourbonne les Bains (Frankreich) hat einer der reichsten Leute, der Fabrikant Hébre, in dessen Fabrik über 200 Arbeiter beschäftigt sind, seine Geliebte enthauptet.

Die Geliebte war seit drei Jahren Witwe und unterhielt ein Verhältnis mit der Erzieherin ihrer beiden Kinder. Die jahrelangen intimen Beziehungen blieben nicht ohne Folgen.

Die Erzieherin wurde durch eine Kündigung aus der Fabrik entlassen.

In einer der letzten Nächte, als die Mutter seines zu erwartenden Kindes neben ihm im Bett eingeschlafen war, nahm Hébre einen Revolver, schlug seine Geliebte betäubungslos, schloß die Tür und legte sie auf einen Stuhl.

Die Erzieherin wurde durch eine Kündigung aus der Fabrik entlassen.

Die Erzieherin wurde durch eine Kündigung aus der Fabrik entlassen.

Die Erzieherin wurde durch eine Kündigung aus der Fabrik entlassen.

Bagnosträfling Nr. 47192 wird belobt

Der Gouverneur von Französisch-Guayana wendet sich anlässlich einer großen Feuersbrunst, die mit Hilfe von Militär, Polizei und Eingeborenen, aber auch unter besonderer Teilnahme von Insassen der Strafkolonie bekämpft wurde, im „Journal Officiel“ dankend an die Öffentlichkeit.

Nr. 47192 ist nicht ein beliebiger Bagnosträfling, der nach Guayana verbannt worden ist. Es ist einer, den das kleinste Kind in der Kolonie kennt: der große, harte Mann, der Kriegsdienstverweigerer, der nach seiner Verurteilung in die Strafkolonie kam.

Er ist der lebendige Geist in Guayana. Er beendet alle Anordnungen. Man hört ihn als Schlichter und jeder heugt sich vor ihm. Er ist der Mann des Friedens.

Er ist der lebendige Geist in Guayana. Er beendet alle Anordnungen. Man hört ihn als Schlichter und jeder heugt sich vor ihm.

Er ist der lebendige Geist in Guayana. Er beendet alle Anordnungen. Man hört ihn als Schlichter und jeder heugt sich vor ihm.

annestiert werden müssen. 18 Jahre schwere Arbeiten im Bagno (auf diese Gesamtstrafdauer lautete das Urteil. D. Red.) glauben Sie, daß das zuziel ist, wo ich nur einer reinen Idee gefolgt bin!

Die Belobung des Gouverneurs ist gleichzeitig mit dem Gnadengesuch an das Kriegsministerium der französischen Republik abgegeben.

RUND & FUNK

Programm der Sender Berlin und Magdeburg Wellenlänge 418 bzw. 285 Meter.

Donnerstag, 27. März, 9: Schulfunk. 15.20: Rektor Wille: Volkstrachten in Vergangenheit und Gegenwart. 15.40: R. Großmann: „Die Staatenlosen“.



Für Gesicht und Hände das Beste nur verwende: Holländerin Buttermilch-Seife. Eine Wohltat für Haut u. Gesundheit.

DER BAUMARKT IN MAGDEBURG U. UMG.

Gerling & Rausch Magdeburg Gr. Diesdorfer Str. 237 Fernspr. 935 u. 8630

Magdeburger Bau- und Credit-Aktiengesellschaft Fernsprecher Nr. 30 444/5 Otto-von-Guericke-Straße 83

Gustav Gabbe Magdeburg König-Ritter Straße 3 Fernsprecher Nord 20481

Paul Kohl Nachf. Inhaber: K. Martin zK Magdeburg, Otto-v.-Guericke-Str. 101 Fernsprecher 3724

Friedrich Cierpka Baustoff-Großhandlung Magdeburg-Südost

Carl Rich. Steinbecher Dachdeckerei Ausführung sämtlicher Dacharbeiten

Bauholz nach Liste in Eiche, Tanne, Buche in allen Dimensionen

Senking-Herd ist Gutes wert...! Für Gas, Kohle und kombiniert mit Gase.

Tapeten fabelhaft billige Preise Die hervorragende Auswahl - Große, billige Restposten!

W. BOHME Maler MAGDEBURG Große Klosterstraße Nr. 19

Georg Kruse Töpfermeister

ADOLF GUNDERMANN Glasermeister Bau- u. Kunstglaserei

GEBR. RABE MAGDEBURG











die Hälfte des Betrags auf die Lohnsteuer, auf die Arbeitnehmer. Die ständige Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise in den Städten trifft die breiten Arbeitermassen sehr viel härter, als jeden andern Kreis der Bevölkerung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und wie steht es mit der angeblichen Ausgabefreudigkeit der Gemeinden? Die bürgerlichen Parteien haben in mindestens 75 Prozent aller preussischen Gemeinden die übermächtigende Mehrheit. Dort haben sie nicht den Mut, den Arbeitlosen den notwendigen Lebensunterhalt zu verjagen. Sie wollen sich deshalb hinter die Deckung von Landesgesetzen verstecken. Wir lehnen es ab, ihnen dazu die Hand zu bieten. Ebenso müssen wir es ablehnen, von den Warenhändlern eine höhere Lohnsummensteuer zu erheben, wenn diese Maßnahme nicht gleichzeitig auf die Großkonzerne ausgedehnt wird. Diese Großkonzerne der Industrie verstehen es allerdings wunderbar so zu bilanzieren, daß absolut kein Gewinn übrigbleibt. Würden nach unserer Forderung die

Steuerlisten offengelegt, dann würde mit einem Schlage klar werden, für wem die Arbeitnehmer und ein großer Teil des Mittelstandes die Steuern aufbringen müssen. Dann wäre die Aufhebung des Mittelstandes gegen die Arbeitnehmer sofort aussichtslos, und der Mittelstand würde mit uns gegen die großen Kapitalparteien kämpfen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Kürzlich lehnen wir auch eine schärfere Besteuerung der Konsumvereine ab. Auf der andern Seite können wir uns nicht für die Gewerbesteuerfreiheit der Konsumvereine einsetzen; denn nur können Steuern nicht mit den Konsumisten machen, sondern nur mit den Parteien der politischen Interessengemeinschaft, mit denen wir zusammenarbeiten. Der Einbeziehung der freien Preise in die Gewerbesteuer setzen wir weiteren Widerstand nicht entgegen. Einen Verwaltungsvertrag sozialer Charaktere einzuführen ist nach Lage der Reichsregierung den Ländern nicht möglich. Den bisher vorgetragenen Reformplänen wird sich die Sozialdemokratie mit allen parlamentarischen Mitteln widersetzen.

Die Entscheidung über die Gewerbesteuer fällt bei der Abstimmung am Mittwoch. Außerdem steht am Mittwoch auf der Tagesordnung der Justizetat. —

## Hitler soll Hindenburg ablösen

Berlin, 26. März. Die Absicht Hitlers, unter der Mithilfe des Butschischen Frick, die Thüringische Staatsangehörigkeit zu erwerben, beruht — wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfahren haben will — vor allem auf der Absicht, sich bei der nächsten Reichspräsidentenwahl als Kandidat aufstellen zu lassen.

Hitler habe inzwischen das in der Verfassung vorgeschriebene 35. Lebensjahr vollendet, müsse aber als Präsidentschaftskandidat die Reichsangehörigkeit besitzen.

Das ist wohl das Schlimmste, was die Hitler-Burschen dem alten Hindenburg bisher angetan haben, nämlich den Hitler überhaupt nur in Verbindung mit ihm zu nennen. Einen pflichtbewussten Menschen in Verbindung mit einem Hanswurst. —

## Nazi-Heberfall

Berlin, 26. März. Am Dienstagabend überfielen Nationalsozialisten in Berlin-Tempelhof ein Lokal, in dem Funktionäre der SPD mit Vertretern des Reichsbanners gemeinsame Beratungen abhielten. Die Nazis eröffneten auf das Lokal ein Steinbombardement und zertrümmerten die Fensterläden.

Die Versammlungsteilnehmer stürzten sofort auf die Straße und nahmen die Verfolgung der nationalsozialistischen Mowds auf. Drei nationalsozialistische Kaufbolde konnten festgehalten und der Polizei übergeben werden. —

## Der Kommunist als Oberbürgermeister

In der Dienstagstung der Solinger Stadtratsversammlung wurde der Kommunist Heber wiederum mit 26 gegen 21 Stimmen zum Oberbürgermeister von Solingen gewählt. Auch bei dieser zweiten Wahl stimmte die SPD für Heber, weil die bürgerlichen Parteien jede Verständigung über die Wahl eines Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister unmöglich machten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die zweite Wahl Hebers nicht bestritten wird. Vielmehr ist der preussische Staatsregierung durch diese Wahl auf Grund der rheinischen Städteordnung jetzt die Möglichkeit gegeben, von sich aus auf 12 Jahre einen kommunistischen Oberbürgermeister zu ernennen und das kann nach der ganzen Sachlage nur ein Sozialdemokrat sein. Denn die Sozialdemokratie ist die weitaus härteste Partei im Stadtparlament. —

## Gemeinschaftsbetrieb Hapag-loyd

Die Aufsichtsräte der Hapag und des Norddeutschen Lloyd haben am Dienstag dem am Sonnabend angekündigten Funktionsvertrag zugestimmt. Für den 15. April sind die Generalversammlungen beider Gesellschaften zur endgültigen Genehmigung einberufen worden. In dem Vertragsabluß geben die Gesellschaften ein längeres Communiqué heraus, dessen wesentliche Punkte lauten:

Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd

# Kein Spiel mit dem Young-Plan

## Die französischen Sozialisten stimmen zu - trotz Lardieu

Paris, 26. März. Zur Debatte über den Young-Plan, die am Donnerstag in der Kammer beginnt und voraussichtlich 2 Tage dauern wird, haben sich bereits 16 Redner gemeldet, darunter die Sozialisten Léon Blum, Uriol und Grumbach, die radikalen Abgeordneten Herriot, Bergery und Bonnet, die Ueberpartei Mandel, Marin, Dubois und Franklin Bouillon.

Blum erklärt heute im „Populaire“, warum die französischen Sozialisten für den Young-Plan stimmen werden, obwohl Lardieu selbst am Dienstag wieder triumphierend in den Wandelgängen erklärt habe, er sei jetzt sicher, daß der „auswechselbaren Linksmehrheit“ über eventuelle Stimmenausschläge der Rechten glücklich hinwegzukommen.

haben in einem Vertrag von 50jähriger Dauer vorbehaltlich der Zustimmung durch die Generalversammlung beschlossen, ihre gesamte wirtschaftliche Betätigung unter Verzicht auf jeden Vorrang in gegenseitiger Unterstützung und Förderung nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter einheitlichem Zusammenwirken auszuüben. Beide Gesellschaften bleiben selbständig mit dem Sitz in Hamburg und Bremen. Sie bewahren ihren bisherigen Charakter dadurch, daß sie getrennte Aufsichtsräte behalten, deren Mitglieder wie bisher in ihrer Mehrzahl in Hamburg bzw. in Bremen ansässig sein müssen. Zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten treten die Aufsichtsräte durch eine

## Unternehmernot

Um dem verlogenen Geschäft der Unternehmer von der Not der Industrie, hinter dem sie ihre Steuererhöhen verbergen wollen und ihrem Haß gegen die soziale Fürsorge, entgegenzuwirken, haben wir hier eine Reihe von Betriebsvereinigungen großer Industrieunternehmen unter dem gleichen Titel fortgesetzt.

Die Pfälzische Preßhefen- und Spritfabrik in Ludwigshafen verteilt für 1929 wieder 9 Prozent Dividende.

Die Vereinigten Stahlwerke von der Japan und Wipener Eisenhütten, Köln-Deuf, erhöhen für 1929 ihre Dividende von 9 auf 10 Prozent.

Die Friedländer Sprudel- und Kohlenäure-AG, gehört zum Konzern der Kalkchemie AG. Aus dem Sprudelgeschäft werden für 1929 wieder 10 Prozent Dividende verteilt.

Eine bekannte deutsche Kolonialgesellschaft ist die Guinea Company, Berlin. Sie verteilt wieder 10 Prozent Dividende.

Die Allgemeine Hochbau-Gesellschaft AG, in Düsseldorf erklärt, daß sie gut beschäftigt sei. Für 1929 erhöht sie die Dividende von 7 Prozent (1928) auf 9 Prozent.

Die Union Leipziger Preßhefenfabrik AG, Leipzig-Mockau erklärt, daß sie gut beschäftigt sei. Für 1929 werden 12 Prozent Dividende verteilt.

Die Faber & Schleicher-AG, Offenbach a. M. teilt mit, daß sie im ganzen Jahre 1929 regelmäßig und befriedigend beschäftigt gewesen sei. Sie wird für 1929 wieder 10 Prozent Dividende verteilen.

Die Ford Motor AG, Berlin, wird für 1929 10 Prozent Dividende zahlen.

Die Breitenburger Portland-Zement-Fabrik AG, Lägerdorf verteilt für 1929 wieder 12 Prozent Dividende. Sie erklärt, der Vertrieb habe einen regelmäßigen Verlauf genommen. Lohnverhandlungen wurden durch Mechanisierung der Betriebe ausgeglichen.

Die Vereinigten Zünder- und Kabelwerke AG erhöht ihre Dividende von 12 Prozent (1928) auf 14 Prozent und erklärt dabei, daß das ganze Geschäftsjahr 1929 einen recht befriedigenden Verlauf genommen habe.

Die Preßlitzer Braunkohlenwerke AG, Neufelwis haben im Jahre 1929 eine Schichtverlängerung um eine halbe Stunde durchzuführen müssen. Dennoch wurde die Abraumleistung weitergesteigert und die gleiche Produktionsleistung wie 1928 erzielt. Es werden für 1929 wieder 15 Prozent Dividende verteilt.

## Die polnische Regierungskrise

Warschau, 26. März. Die jetzt zwölfwöchige Regierungskrise ist noch immer nicht gelöst. Senatsmarschall Szymanski hat Piljudski am Dienstag die Liste seines Kabinetts unterbreitet. Piljudski stellte jedoch zu unerhörte Forderungen für seine Beteiligung, daß Szymanski auf die Kabinettsbildung verzichtete.

Die abgelehnten Bedingungen Piljudskis lauteten: 1. Der Sejm darf sich nicht in die Personalfragen der Regierung einmischen. 2. Der Sejm darf sich nicht in die Frage der Durchführung des gegenwärtigen Budgets einmischen. 3. Der Sejm zieht den Artikel des Finanzgesetzes zurück, der die Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder für Haushaltsüberschreitungen vorzieht. 4. Im Laufe der nächsten 6 Monate wird die Regierung ohne Parlament regieren. —

## Genua zündet die Lampen von Sidney an

Genua, 26. März. Das Experiment Marsuzis, die Lampen der hiesigen elektrotechnischen Ausstellung von seiner vor Genua liegenden Nacht Elektra aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen.

Die von der Elektra ausgesandten Wellen wurden in Dorchester aufgefangen und von Grimshy drahtlos nach Australien übertragen. Sie wurden in Victoria aufgenommen und nach dem Rathaus von Sidney weitergeleitet, wo die 3000 elektrischen Lampen hell aufblitzten. —

## Notizen

Luthers Weltreise. Reichsbahnpräsident Luthar ist am Dienstag auf seiner Rundreise nach den Hauptstädten der am Young-Plan interessierten Mächte, von Rom kommend, in Paris eingetroffen. Er wurde vom Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, begrüßt, mit dem er am Mittwoch eine ausführliche Unterredung haben wird. Am Donnerstag reist Dr. Luthar nach London. —

Streik in der „Deutschen Tageszeitung“. Die in Berlin erscheinende deutschsprachige „Deutsche Tageszeitung“ konnte heute nicht erscheinen. In dem Betrieb des Druckes traten die Maschinenarbeiter seit Freitagabend im Streik. Die Setzer fordern Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden und eine wesentliche Lohnerhöhung. —

Ergebnisse Ministerpräsidentenwahl in Sachsen. Die für Dienstagvormittag im sächsischen Landtag angeordnete Wahl des Ministerpräsidenten verlief ergebnislos. Da keiner der Kandidaten die nach der Verfassung erforderliche Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhielt. Von den 41 abgegebenen Stimmen entfielen 11 auf den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien, 24 auf den Sozialdemokraten Reichner und 5 auf den Demokraten Dr. Käß. —

Die Sozialisten dachten keineswegs daran, Lardieu ihr Vertrauen auszusprechen. Im Gegenteil: sie mißtrauten ihm aufs äußerste und hielten ihn für unfähig, aus dem Young-Plan alles Nützliche herauszuholen. Aber bei der Ratifizierung des Young-Plans, der die Krönung der Friedensbemühungen der sozialistischen Internationale im letzten Jahrzehnt darstellte, gebe die Regierung und ihre Rechtsmehrheit den Sozialisten endlich die lang ersehnte Anerkennung. Alles was gut und gerecht am Young-Plan sei, sei sozialistisches Geistes, sei sozialistisches Werk. Außerdem sei der Young-Plan in Deutschland auf Antrag einer sozialistisch geleiteten Regierung und starker, hauptsächlich aus Sozialisten bestehender Mehrheit, angenommen worden. —

wertig an, so daß auch ein Austausch von Schiffen nicht in Frage kommt. Sie verzichten ausdrücklich darauf, während des Vertragsverhältnisses auf Kosten der andern ihre Position in irgendeiner Weise zu stärken.

Mit dieser Gesamtlösung haben die Vorkände aus eigener Verantwortung und aus eigener Initiative unter Zustimmung ihrer Aufsichtsräte dem seit Jahrzehnten bestehenden Beitritt der Interzonen zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd ein Ende bereitet. —

## Neubelebung der Flottenkonferenz

Die Flottenkonferenz in London ist am Dienstag wieder zum vollen Leben erwacht, nachdem der Vorschlag des italienischen Delegierten Grandi vom Montagabend bereits dem Zustand völliger Resignation ein Ende bereitet hatte. Das neue Element ist in einem amerikanischen Vorschlag zu finden, der von dem amerikanischen Delegierten Skinnon am Dienstagvormittag MacDonald unterbreitet worden ist.

Die amerikanische Anregung besteht in einer Vereinstilligkeits-Erklärung der amerikanischen Regierung, mit den übrigen vier Mächten England, Japan, Frankreich und Italien einen sogenannten konsultativen Pakt abzuschließen, der sich auf der Linie des im Jahre 1921 in Washington unterzeichneten sogenannten pazifistischen Vertrags bewegen soll.

Ein derartiger konsultativer Pakt müßte nach amerikanischer Auffassung die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der vertragschließenden Mächte im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren dieser Mächte vorsehen und im Falle eines Angriffs gegen eine der vertragsschließenden Mächte die sofortige Veranlassung dieser Mächte über die zu ergreifenden Schritte obligatorisch machen. Amerika hat jedoch gelegentlich der Unterbreitung seiner Vorschläge nochmals mit großem Nachdruck betont, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen irgendeine andere Verpflichtung eingehen könnten als diejenigen, in einem derartigen Fall in Beratungen mit den andern Mächten einzutreten. (Also kein Verzicht auf militärische Weisung!)

Man ist sich in London bewußt, daß der amerikanische Vorschlag unter Umständen geeignet ist, die heimatliche verzweifelte Situation, in der sich die Vertreter des Abrüstungsgebändens auf der Konferenz befinden, mit einem Schlag zu ändern. Alles hängt nunmehr davon ab, ob Frankreich die durch einen derartigen Pakt gebotenen Sicherungen, wenn von Sicherungen überhaupt die Rede sein kann, für ausreichend genug hält, um seine von den anderen Mächten herabzusetzen und seinen Anspruch auf eine formelle Ueberlegenheit über Italien grundsätzlich aufzugeben. Ist das der Fall, so kann der ursprüngliche Konferenzzweck noch jetzt gesichert werden; ist das nicht der Fall, so dürften sich die weiteren Verhandlungen um den Abschluß eines Dreimächte-Paktes und eine halbjährige Vertagung der Konferenz im Sinne der italienischen Anregungen drehen.

## Die große Meite der kommunistischen Betriebsrätewahlkampagne

# Moskau ist höchst unzufrieden

## Scheimfugung mit einem Vertreter Moskaus - Merker soll fliegen

Ende der letzten Woche fand in Berlin eine Sitzung des Zentralkomitees der KPD statt, dessen Mitglieder in geheimer Sitzung des vorjährigen Parteitag „gewählt“ worden sind. In dieser Sitzung nahm ein Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern aus Moskau teil, der wiederholt in die Debatten und Verhandlungen eingriff. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß Moskau mit den bisherigen Ergebnissen der Betriebsrätewahlen recht unzufrieden ist und sprach unter Bezugnahme auf die kommunistischen Niederlagen bei der Berliner Verkehrs-AG und im Zusammenhang von einer Politik der Selbstkürzung und von politischer Kurzsichtigkeit. Es sei deshalb eine personelle „Umstellung“ in der Parteiführung notwendig.

In kommunistischen Oppositionskreisen verlautet, daß mit der „Umstellung“ in Wirklichkeit eine Abstellung des bisher maßgebenden Führers der KPD gemeint ist. Vor allem wird die Stellung des heutigen Gewerkschaftsleiters der KPD, Merker, als unhaltbar bezeichnet.

Die kommunistische Presse hat bisher auch über die Sitzung des Zentralkomitees der KPD nicht berichtet. —

## Ausöhnung Stalins mit der Rechtsopposition

Um nicht abgefaßt zu werden.

Wie der Tu. aus Moskau gemeldet wird, sind durch die Änderung des politischen Kurzes der kommunistischen Diktatur gegen die Komintern in der letzten Zeit Verhandlungen über den Frieden zwischen der Gruppe Stalin und der Rechtsopposition eingeleitet worden. Die Rechtsopposition unter Führung Bukharins, Nowins und anderer, die, wie bekannt, sich den Beschlüssen der letzten Vollversammlung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei förmlich unterworfen hat, habe die Erklärung abgegeben, daß die neue Politik Stalins gegenüber dem Parteivorstand eine Grundlage für weitere Verhandlungen bilde.

Die Rechtsopposition will die Politik Stalins weiter unterstützen, wenn er sich bereit erklärt, gewisse Zugeständnisse in der Außenpolitik zu machen. Hier wird erklärt, daß durch diese verschiedenen politischen Lage innerhalb der kommunistischen Partei der Sowjetunion die Wiederwahl Stalins zum Generalsekretär der kommunistischen Partei vollkommen sichergestellt ist. —







# Lastkraftwagenverkehr und Straßenbau

## Ferntransporte mit Lastkraftwagen - Kreuzungspunkt Magdeburg - Ein „Rangierbahnhof“ für Lastkraftzüge - Reichsbahn und Kraftwagenverkehr - und der Straßenbau?

Man kann alle Tage in den Straßen der Stadt die ungeheuer großen Lastkraftwagen mit ihren gewaltigen Lasten sehen, die mit dumpfem Motorengetöse dahinrollen und das Aufsehen der Passanten erregen. Die schwersten zwei- und dreiwägen Autos durchkreuzen die Stadt, kommen von Ost und West, von Nord und Süd und machen vor irgendeiner großen Garage auf kurze oder längere Zeit Halt. In der Jordanstraße in Eudenburg ist in den letzten Wochen ein richtiger Lastkraftwagenbahnhof entstanden. Zu jeder Tageszeit kann man dort die großen Züge antreffen, und auch zur Nachtzeit. Hier parken die Fahrzeuge, hier wird umgeladen, hier machen die Fahrer ihre Pause, soweit nicht zwei den Wagen begleiten und soweit nicht eine Schlafkabine hinter dem Führeritz zur Verfügung steht.

### Der Fernverkehr mit Lastkraftwagen

hat einen gewaltigen Aufschwung genommen in den letzten Jahren. Die Reichsbahn gab vor einiger Zeit eine Broschüre heraus, die sich mit dem Thema beschäftigt. Darin wird gesagt, daß die Reichsbahn ihren Einnahmeverlust infolge des Kraftwagenverkehrs für 1929 auf rund 410 Millionen beziffert. Wenn auch diese Schätzung der Reichsbahn mit der Möglichkeit gemacht wurde, dem Lastkraftverkehr durch vorgeschriebene Konzessionierungen Ersparnisse aufzuerlegen, so illustriert sie doch die Bedeutung, die er in unjüngerer Zeit erhalten hat. Eins ist aber ohne Zweifel richtig, was in der Schrift der Reichsbahn angeführt wird: Der Lastkraftwagenverkehr hat der Reichsbahn voraus, daß er sich keine Fahrbahnen nicht selbst bauen braucht, ja, daß er zur Unterhaltung der Straßen nur in geringem Maße beiträgt. Die Kraftfahrzeugsteuer bringt lange nicht die Summen auf, die zum Neubau und zur Unterhaltung des deutschen Straßennetzes notwendig sind.

In diesem Standpunkt sollten auch die deutschen Städte der Reichsbahn beizustimmen. In dem oben angeführten Beispiel der Jordanstraße wird das deutlich. Wenn in dieser Straße täglich nur ein halbes Dutzend schwerer Lastzüge verkehrt, so

wird das Pflaster ganz enorm mitgenommen,

mehr jedenfalls, als man bei der Anlage der Straße als reine Wohnstraße voraussehen konnte. Aber was noch weit bemerkenswerter ist, das ist das Rangieren der Züge durch die anliegenden Nachbarstraßen, die Solbein-, Brunner- und Dürenstraße. Solbein- und Dürenstraße haben nur für leichten Wohnstraßenverkehr gedachte Abzweigungen. Ihre Lebensdauer wird unter den geschäftlichen Umständen sehr stark begrenzt sein. Die Stadt hat dem das nachzusehen. Für ihre besonderen Aufwendungen, die nur im Interesse eines Unternehmers gemacht werden, der in dieser Gegend einen Garagenhof unterhält, empfängt sie keine realen Gegenleistungen.

So liegen die Verhältnisse in diesem Falle, der uns zufällig bekannt geworden ist. In wieviel anderen Stellen in der Stadt mag das ähnlich sein? Man kann täglich in der Jordanstraße Wagen nicht nur aus Berlin und Magdeburg oder aus unserer näheren Umgebung sehen, sondern aus Hamburg, München, Düsseldorf, Hannover usw., also aus allen Gegenden des deutschen Reiches. Das erklärt sich leicht, wenn man bedenkt, daß Magdeburg für den Straßenverkehr von Ost nach West und Nord nach Süd sowie umgekehrt, ein Knotenpunkt ist. Hier gehen die großen Straßen über die Elbe, hier trifft der Verkehrsstrom aus den verschiedenen Richtungen zusammen.

Daß daraus für Magdeburger Straßen und Brücken enorme Belastungen erwachsen, ist klar. Im Haushaltsplan der Stadt muß sich das zeigen durch

### verstärkte Inanspruchnahme der Mittel für die Straßenherstellung.

Nur diese Aufwendungen erhalten die Städte im allgemeinen keinerlei Mittel. Sie müssen ihre Ausgaben dieser Art, abgesehen von den verhältnismäßig geringen Mitteln aus der Kraftfahrzeugsteuererhebung, aus den Realsteuern decken, die aber für alle anderen Ausgaben der Städte bereits bereit in Anspruch genommen sind, daß da kein großes Reservoir mehr besteht.

Man braucht nur einen Blick in den diesjährigen Etatsentwurf des Tiefbauamts zu werfen, um zu sehen, wie beengt die Stadt in ihren Ausgaben ist. Da sind in den Einnahmen zuerst sogenannte Jahresrenten vom Eisenbahnerverband verzeichnet, die zur Unterhaltung gewisser Zugangsstraßen dienen sollen. Sie machen alles in allem rund 94000 Mark aus. Zeit einigen Jahren ist die Erhebung von Brückgeldern für Automobile aufgehoben worden. Die Stadt erhält dafür von der Staatskasse eine Entschädigung. Die beträgt im ganzen Jahre aber nur 15200 Mark. Alle übrigen Einnahmen der Stadt an Brückgeldern nach 12000 Mark, eine Summe, die angesichts der geringeren Belastung der Brücken durch Pferdefuhrwerke z. B. als hoch bezeichnet werden kann. Es steht einwandfrei fest, daß gerade

die großen Lastkraftwagen die Straßenbede am allermeisten beanspruchen.

Auf der Ausgabenseite sieht für Unterhaltung der Straßen und Kanälen aber allein ein Betrag von 278000 Mark, nicht gerechnet die doch ebenfalls erforderlichen Neubauten. Einige Jahre liegt nun z. B. in der Jordanstraße schon das Schladenpflaster in der Gleiszone. Bereits im vorigen Jahre sollte die übrige Straße asphaltiert werden. Es wird auch in diesem Jahre noch nichts daraus, denn die Arbeit ist nicht in den Etat eingeplant worden. Warum? Weil es an den Mitteln fehlt. Es bleibt ja kaum so viel, als für die allerdingendsten Aufgaben erforderlich ist.

### Was soll in diesem Jahre geschehen?

Nach dem Etatsentwurf: Erneuerung des Kopfplasters der Herrenfrühbrücke durch Eichenbohlenbelag 47000 Mark, Pflasterung der Strombrücke mit Weichholz 16000 Mark, geräuschloses Pflaster für den Tränenberg 20000 Mark, geräuschloses Pflaster für die Regierungstraße 20000 Mark, geräuschloses Pflaster für die Antjeherstraße 8500 Mark, Neubeseitigung der Stendaler Straße 224000 Mark, Neubeseitigung der Endestraße 28000 Mark, Neubeseitigung eines Teiles der Königsborner Straße 33000 Mark. Das sind die größeren Objekte, die in dem Etatsentwurf aufgeführt sind. Das größte darunter ist die Stendaler Straße, der eine Aufständigung dringend nottut. Wie vieles fehlt aber, was ebenso dringend ist? So z. B. geräuschloses Pflaster für den Breiten Weg von der Bahnhofsstraße bis zum Polizeipräsidium. Unter den Eisenbahnbrücken herrscht bei hartem Verkehr ein derartiger Lärm, daß man es kaum aushalten kann. Die Kerben der lärmgeplagten Großadmenischen werden hier einer sehr starken Belastungsprobe unterzogen. Die Halberstädter Straße von der Eudenburg bis zur Hülsestraße bedarf ganz dringend einer Erneuerung. Dort ist das Pflaster tatsächlich für viele Fahrzeuge eine Gefahr. Man muß sich wundern, daß bei den harten Schlaglöchern nicht mehr passiert. Und es gibt darüber hinaus gewiß im Stadtgebiet noch zahlreiche Straßen, denen eine Erneuerung ihrer Oberfläche dringend nottut. Es kann aber nichts geschehen, weil kein Geld da ist.

Ob die hier aufgezählten Straßearbeiten in diesem Jahre nun auch tatsächlich ausgeführt werden, ist noch nicht zu sagen. Bei der endgültigen Etatsberatung können noch immer Streichungen erfolgen, ja, die Ausgaben dafür sind da, denn fast drei Millionen Defizit im Etat werden zu solchen Maßnahmen zwingen.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es notwendig, daß der durch die Vereinstellung von Straßen den Kraftfahrern, vor allem den schweren Lastkraftverkehrsunternehmungen gebotene Vorteil irgendwie entschädigt wird. Das müssen die Städte fordern im eigenen Interesse, das liegt ebenso im Interesse der Landwirte. Daß in der nächsten Zeit eine Erfüllung dieser Forderung in Aussicht steht, ist kaum anzunehmen. Vielleicht ergibt sich jedoch bei der zu erwartenden Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer eine Möglichkeit. Doch auch das wird noch lange keine haben, wenn auch gesagt wurde, daß der jetzt geplante Benzinzoll der Anfang dazu sein soll.

# Die gefährdeten Elbe-Interessen

Die Industrie- und Handelskammer Magdeburg als geschäftsführende Stelle des „Elbebundes“ veranstaltete am Dienstag in Dresden eine öffentliche Kundgebung, an der auch Vertreter der Reichsregierung und der beteiligten Landesregierungen, des Reichstags und der Interessenten aus den Industrie-, Handels- und Schiffahrtskreisen teilnahmen. Der stellvertretende Vorsitzende des „Elbebundes“, Kempfert, Vorsitzender der Halberstädter Handelskammer, bestätigte in seiner Begrüßungsansprache die Wasserfallamitäten der Jahre 1928 und 1929 und die damit verbundenen Schiffahrtsstörungen, die schwerwiegende Nachteile für die mitteldeutsche Wirtschaft im Gefolge gehabt hätten. Wenn man auch die Notlage des Reiches anerkennen müsse, so sei es doch ebenso notwendig, neue Wasserstraßen zu bauen, vor allem aber die alten Wasserwege auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die dafür erforderlichen Mittel müßten unter allen Umständen beschafft werden.

An erster Stelle sprach Fabrikbesitzer Dr. Rathjusz (Magdeburg) über das Thema:

### Die Niedrigwasser-Regulierung vom Standpunkt der mitteldeutschen Wirtschaft.

Der Redner schilderte die Abhängigkeit des mitteldeutschen Wirt-

# Stadt Magdeburg

## Monatsbericht des Gesundheitsamts

In den Volks-, Mittel- und höheren Schulen wurden insgesamt 4067 Schüler untersucht, in den Berufsschulen insgesamt 501 Schüler.

In der Geschlechtskrankheitenfürsorge wurden 203 Personen neu gemeldet und 163 aus dem Vormonat übernommen. Von den neu gemeldeten waren 125 geschlechtskrank, die übrigen geschlechtskrankverdächtig oder gefährdet. Die Tuberkulosefürsorge hat im Monat Februar 1003 Personen untersucht (im Vorjahr 966). Es wurden 27 Todesfälle an Tuberkulose bekannt, davon 24 an Lungentuberkulose. Von letzteren waren vorher in Fürsorge als Offentuberkulöse 21. In der Seuchenfürsorge war eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der Fürsorgetinnen zu verzeichnen. Es wurden insgesamt 1270 Hausbesuche, gegenüber 1101 im Vormonat ausgeführt. Der Hauptanteil der Besuche entfällt mit 508 auf Erkrankungen an offener Tuberkulose, 393 an Diphtherie und 356 an Scharlach.

In der Schulgesundheitsfürsorge wurden insgesamt 1693 Kinder untersucht. In der chemischen Untersuchungsanstalt wurden 652 Untersuchungen gegenüber 626 im Vormonat ausgeführt. Von den Desinfektionsanstalten wurden insgesamt 1783 Desinfektionen gegenüber 1814 im Vormonat ausgeführt.

Die Schwangerenberatungsstelle im Krankenhaus Eudenburg wurde von insgesamt 89 Personen aufgesucht. Darunter befanden sich 42 neue Fälle. Die Beratungsstelle im Volksfahrtsamt wurde in 5 Fällen in Anspruch genommen. In der Krüppelfürsorge zeigte sich gegenüber dem Vormonat keine Änderung. In der Fürsorge fanden am Schlusse des Berichtmonats 1085 Personen. In der Sportberatungsstelle fanden in 7 Sprechstunden 25 Untersuchungen statt. Die ärztlichen Sprechstunden der Beratungsstelle für Krüppel- und Gemütskranke wurden von 93 Erwachsenen und 42 Jugendlichen, zusammen 135 Personen, aufgesucht. In der Beratungsstelle für gewerbliche Erkrankungen wurden insgesamt 5 Personen untersucht. Während bei einem Scharlachfall und einem Malar keine Zeichen einer Berufserkrankung nachgewiesen werden konnten, bestand bei einem Kaffeemüller und einer Ladierin ein Ergem des Gesichtes und der Hände. Bei einem bereits früher ambulant und klinisch berateren Arbeiter mit gewerblicher Schädigung durch Bleifarbstoffe wurde die Einleitung eines Entschädigungsverfahrens veranlaßt. Außerdem wurde ein Gußarbeiter über Bleivergiftung für eine Berufsgenossenschaft erkrankt.

In den städtischen Krankenhäusern sank die Zahl der geleisteten Verpflegungstage von 46505 auf 43784. Im Hygienisch-Bakteriologischen Institut sank die Zahl der ausgeführten Untersuchungen von 2778 im Vormonat auf insgesamt 2992. In den städtischen Badeanstalten wurden im Berichtmonat 38949 Bäder gegenüber 39489 im Vormonat abgegeben. Die aufgestellten Heizröhrenapparate im Volksbad Hamburger Straße und im neuen Volkshaus in der Eudenburg, wurden 491 bzw. 372mal benutzt.

# Die billigen Fahrräder von Barchau

## 4 Jahre Zuchthaus für den Fahrraddieb - Er stahl 66 Räder - Die Abnehmer aus Barchau Sein Schicksal war ihm bekannt

In der Zeit vom Mai 1928 bis Dezember 1929 wurden in der Stadt Magdeburg erschreckend viel Fahrräder gestohlen. Dann und wann konnten die Diebe ermittelte werden. Ein großer Teil der Diebstähle blieb jedoch lange Zeit unaufgeklärt. Alle Nachforschungen der Kriminalpolizei blieben vergeblich. Mit der Zeit entdeckte die eifrig weiterführende Polizei eine Spur nach Barchau. Die holte mit einem Raubzug im Dezember 1929 von Barchauer Eisenbahnern nicht weniger als 66 Fahrräder ab, die alle als aus Magdeburg gestohlen festgestellt wurden. Heberer nämlich erklärten die betroffenen Barchauer Einwohner, daß sie für 40 oder 50 Mark

die Räder von einem jungen Mann namens Müller aus Magdeburg gekauft haben. Er hätte auf Bestellung, und selbst durch sein eigenes Anerkennen, die Räder als bei Fahrradherren nicht eingekauft bestanden.

Der gewisse Müller wurde alsbald von der Polizei als der 27 Jahre alte Barchauer Arbeiter Fritzche aus Magdeburg festgenommen und am 27. Dezember verhaftet. Fritzche ist ein seit seinem 20. Lebensjahre verheirateter Mann. Wegen Unverschämtheit in einem und Diebstahl in sieben Fällen verurteilte er schon fünfmal Jahre Gefängnis. Seit 1926 führte er sich umher. Er hatte keine feste Straße von 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verbüßt. In seinem Beruf konnte er keine Arbeit mehr erhalten. Er wurde bei der Stadt als Kontrollarbeiter beschäftigt. Wieder arbeitslos, erhielt er zuletzt

täglich 3,25 Mark Entschädigung für sich, seine Frau und drei kleine Kinder.

Er will sich im größten Verzweiflung befinden haben. Nur so sei er zu dem Entschluß gekommen, Nachbarn zu stehlen. „Sobald ich ein paar hundert Mark gefunden, hätte ich nicht nötig gehabt zu stehlen“, meinte er jetzt vor dem Gericht. Bei seiner ersten verurteilten Verurteilung aber habe er ausdrücklich gesagt: „Ich ging meinem alten Gewerbe als Fahrraddieb nach.“ (Seine letzte Strafe erhielt er auch wegen eines Fahrrad Diebstahls.) Er wünschte die Bestrafung aus dem ganzen Leben der von

ihm gestohlenen Räder, daß er keine, wie andre Diebe es um, von Emborbesessen vor dem Arbeitsamt gestohlen habe. Trotzdem ging er stuppellos bei seinen Diebstählen vor. Er muß raffiniert gearbeitet haben, denn nicht einmal wurde er erkannt. Trotzdem gelang es fast alle Diebstähle vom Tage seiner Verhaftung an ein. Mit den gestohlenen Rädern fuhr er jetzt nach Barchau, wo ihm die Barchauer als billigen Fahrradmann in hellen Scharen entgegenkamen und ihm Aufträge auf Räder machten (so sagte er wirklich). Er stahl geschäftsmäßig, gewerbsmäßig, wurde Dieb im höchsten Grade Müßfall.

„Ich weiß, daß mir jetzt das Zuchthaus blüht.“

Keiner geht gern dort hin. Aber ich möchte nicht mehr sehen, wie meine Kinder hungern“, führte er mit einer gewissen Klüßelung an. Die meisten Räder seien auch veräußert gewesen. Daher sei den Diebstählen nur geringer Schaden entstanden, folgerte er in dem Versuch, sich zu entlasten. Interessant war auch noch seine Feststellung, daß von allen Rädern, die er stahl, nur eins angeschlossen war. Doch auch da war er Meister. Er hatte das Rad mit einem Handgriff frei. Zuletzt veräußerte Fritzche seine Baracken Abnehmer, daß sie nur seinen billigen Rädern Geschäfte durch Weiterverkauf betrieben hätten.

Fritzche, der nun monatlich bekommt, einen bedauerlichen Grund mehr, erzählt sich auf seine Weise 2000 bis 2500 Mark, die er rechtlos seiner Frau für Essen und Trinken und Kleidung gegeben haben will.

Das Schöffengericht Magdeburg verurteilte Fritzche als Dieb in strafschwerem Müßfall zu 4 Jahren Zuchthaus. Es nahm zu seinen Gunsten eine Fortsetzung und nicht 66 Eingekaufte an. Denkste haben das Urteil stündlich gelassen auf.

Glücklicherweise fanden Fahrradherren von so „großem Nutzen“ — um mit den Worten des Richters zu sprechen — nur selten auf. Innerhalb eines Jahres der zweite Fall. Der Barchauer Müller, auf dessen Auftrag für das letztmonat einige 20 Fahrräder bestellt gingen und dieser Fall griffte.

schäftsbezirks von einer fruchtbringenden, leistungsfähigen Verkehrsverbindung mit den deutschen Seehäfen und das Verjagen des Elbmegels in den Jahren 1928 und 1929. Aus den Schiffahrtsstudien hätten sich für die mitteldeutsche Wirtschaft schwerwiegende Nachteile ergeben, die insbesondere in einer Verlängerung und Ungewißheit der Transportdauer bestehen. In vielen Fällen seien Dampfveranschlässe in den Seehäfen nicht erreicht worden. Die dadurch erforderlichen Zwischenlagerungen der Waren hätten große Kosten verursacht. Als ganz besonders seien die infolge der geringeren Leistungsfähigkeit des Abraumtes erforderlich werdenden Niedrigwasserzuschläge empfunden worden. Infolge des Verjagens der Elbe sei der Seehafen an der Ostseite mit geringeren Wasserverbindungen stärker fühlbar geworden. In der chemischen Industrie habe die Produktion teilweise nach dem Rhein verlegt werden müssen. Dabei habe die Niedrigwasser-Regulierung der Elbe auch eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Seite.

Zur technischen Seite der Angelegenheit betonte der Redner, daß im Reichs-Wasserstraßengesetz von 1911 eine ständige Mindestfahrwasserhöhe der Elbe von 1,10 Meter oberhalb der Saalemündung und von 1,25 Meter unterhalb der Saalemündung vorgesehen ist, daß aber in den Jahren 1928 und 1929 die Elbe monatlang nur Taudiefen von 75 bis 80 Zentimeter gestaut habe. Die Elbe sei im Wasserstraßenbauplan des Reichsverkehrsministers in den letzten Jahren nicht entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung berücksichtigt worden. Diese Verhältnisse müßten wiedergutmacht werden. Eine Förderung des Ausbaus müsse auch ganz besonders im nationalwirtschaftlichen Interesse betrieben werden, da damit die deutschen Nordseehäfen in ihrem Wettbewerb gegen die ausländischen Seehäfen geschützt würden. Weiter sprach Direktor Cordts (Hamburg) über

Die betriebswirtschaftliche Seite der Niedrigwasser-Regulierung, wobei er auf die großen Fruchtstückwartungen hinwies, die infolge der ungleichmäßigen Wasserverhältnisse entstehen. Dingu läme das harte Steigen der Selbstkosten der Binnenbinnenschifffahrt. Um erträglich zu bleiben, müsse die Schifffahrt die 24fache Frucht gegenüber der Vorkriegszeit einnehmen. Eine Regulierung des Elbtromtes sei nicht nur für die Schifffahrt, sondern auch im Interesse der Landwirtschaft sowie der im Stromgebiet liegenden Städte und Ortschaften notwendig. Münchenerwert sei die Verhüllung einer Mindestfahrwasserhöhe von 1,50 Meter von Hamburg bis zur Reichsgrenze.

In der Aussprache erklärte Stadtrat Wirmann (Magdeburg), daß die Finanznot des Reiches kein Grund sein dürfe, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Der Mittelstand werde keineswegs durch den „Elbebund“ gefährdet. Die Finanzierung der Niedrigwasser-Regulierung werde möglich, wenn die Verteilung des Geldmarktes nachlässe. Die feindselige Politik der Reichsbahn gegen die Schifffahrt könne dem Standpunkt der gesamten deutschen Wirtschaft nicht als berechtigt anerkannt werden. Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums wies den Vorwurf zurück, daß das Reich die Elbe infamistisch behandle.

Es wurde eine

### Entscheidung

angekommen, in der die alsbaldige Durchführung der Niedrigwasser-Regulierung der Elbe gefordert und die Erwartung ausgesprochen wird, daß dieses wichtige Bauwerk in das vordringliche Bauprogramm des Reichsverkehrsministeriums aufgenommen wird. Die Verteilung der erforderlichen Mindestfahrwasserhöhe werde nicht ohne Rücksicht auf die Interessen zu entscheiden sein. Deshalb werde die baldige Fertigstellung der Thüringischen Fallpfeilen gefordert. Ferner sei die Errichtung von Fallpfeilen in Oberlauf der Elbe und an deren Nebenflüssen notwendig, um auch der Elbe oberhalb der Saalemündung die erforderliche Mindestfahrwasserhöhe zu geben.



# Ein Erfolg der „Volksstimme“-Druckerei

Zum Tag des Buches hatte die Jury der Deutschen Buchausstellung unter 60.000 Büchern, die im Jahre 1929 in Deutschland gedruckt wurden, die 50 bestausgezeichneten ausgewählt. Unter den 50 besten befindet sich auch „Die rote Stadt im roten Land“, das Heftbuch zum Magdeburger Parteitag 1929. Das Buch wurde hergestellt in der „Volksstimme“-Druckerei, Fasanstr. u. 2a, Magdeburg. Und zwar sind sowohl die Entwürfe für die äußere und innere Ausstattung, als auch die technische Ausführung (Druck und Einband) Arbeiten des Betriebes der „Volksstimme“.

Das Urteil der höchsten Instanz der deutschen Buchdruckerei eines außerordentlich starken Erfolgs für den Betrieb der „Volksstimme“, dem damit in besonders wirksamer Form von neuem bestätigt wird, daß er zu den führenden graphischen Anstalten gehört.

Neben dem Buch „Die rote Stadt im roten Land“ wurden noch drei andre Werke, die in Betrieben der sozialistischen Arbeiterbewegung hergestellt sind, zu den 50 besten gerechnet: „Im Strome der Zeit“ im Buchverlag G. m. b. H., Berlin, „Die Straße in Döbmitz“ und „Kreuzer im Eisener“ im Verlag der Siedergilde Gutzberg, Berlin.

## Gewerkschaftlicher Kapitalismus

Die „Magdeburger Zeitung“ bringt unter dieser Überschrift in großer Aufmachung einen Artikel, der sich mit den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beschäftigt. Der Schreiber will zeigen, daß die Gewerkschaften nur ein Mittel sind, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Er behauptet, daß die Gewerkschaften nur ein Mittel sind, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Er behauptet, daß die Gewerkschaften nur ein Mittel sind, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Es ist ein in den meisten Fällen sehr gut gemeint, aber doch sehr oberflächlich und unvollständig. Er behauptet, daß die Gewerkschaften nur ein Mittel sind, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Er behauptet, daß die Gewerkschaften nur ein Mittel sind, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Sie sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Sie sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

## Rechtliche

Köpenicker Arbeiterverein. Der Arbeiterverein in Köpenick hat sich in der letzten Sitzung mit dem Antrag beschäftigt, die Mitgliederzahl zu vermindern. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Mitgliederzahl soll von 100 auf 50 herabgesetzt werden.

Die Sitzung wird am Freitag im Rathaus stattfinden. Die Mitglieder sind herzlich eingeladen.

## Rede zum neuen Gewerkschaftsjahr

Die neue Gewerkschaftsjahr. Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Sie sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Sie sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich. Sie sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

mit der Natur und nach der Natur weisen jedoch immer wieder nachdrücklich auf dieses Problem hin und als glückliche Lösung der Frage „Wie kommt der Erwerbstätige in den Genuß eines Wochenendgartens?“ geht eine dazu berufene Gemeinschaft demnachst daran, nach den Plänen der Städtischen Gartenbauverwaltung und des Stadterweiterungsamts im Süden der Stadt Magdeburg, nur wenige Minuten von den Straßenbahn-Endstationen kleine schöne Gärten mit hübschen, räumlich bequemen und behaglich eingerichteten Lauben errichten zu lassen. Fleißige Hände schaffen dort mit Selbsthilfe Gartenheimstätten, die ein erhebliches andres Bild bieten als das bisher genohnte, und zwar unter Bedingungen und Kosten, die für jeden Interessierten tragbar sind.

Der kommende Sommer findet bereits ein paar Duzend fertige, ihrer Bestimmung entsprechend bezogene und belebte Gärten, doch sollen diese erst einen kleinen Teil der künftigen vollständig kündigungsfreien Gesamtanlage dar, die von Grünanlagen umfaßt und von Allen blühender Obstbäume durchzogen wird, mit deren Früchten ein Wochenendgarten unzweifelhaft erhöhte Wertigkeit erfährt. Und dazu die Blumen! Die Fortschritte der letzten 25 Jahre im Gartenbau sind so reich dazu geschaffen, ein bezugsfähiges und großzügiges Gartenleben inmitten lange blühender Stunden zu ermöglichen und jedes Wochenende im Heimstätten-



## In den Stätten der Arbeit

ist es schwer für den einzelnen, sich zur Geltung zu bringen. Wer sich abseits stellt wird in dem gewaltigen Räderwerk leicht an den Rand des Daseins geschwemmt. / Wer sich behaupten will, muß sich verbinden mit seinen Kameraden. Ein wichtiges Bindemittel der gemeinsamen Kämpfenden untereinander ist die Zeitung. / Aber nicht nur für sich braucht der Schaffende täglich die moderne sozialdemokratische Zeitung, auch die Frau ist mitverantwortlich, denn sie hat zu sorgen für das Wohl der Familie. Und die Kinder sollen schneller und besser sich zurechtfinden im Leben. Für alle ist wichtig die moderne Zeitung. Daran geht für den modernen Menschen der Satz: Geht mit der Zeit, lies die Volksstimme

## die Volksstimme

genau und zu einem Schlußergebnis, das möglichst und möglichst für alle, die der Gewerkschaften und Gewerkschaften gegenüber stehen, einleuchtend und einleuchtend sein soll. Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

## Dem Sechsmarkt

Am Freitag, dem 29. März, fand der Sechsmarkt in Köpenick statt. Der Markt war sehr erfolgreich und wurde von vielen Besuchern besucht.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

## Gang des 321. in Magdeburg

Am Sonntag, dem 31. März, fand der 321. Gang in Magdeburg statt. Der Gang wurde von vielen Besuchern besucht und verlief sehr erfolgreich.

Die Gewerkschaften sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.

Rechtsentscheid des Kammergerichts in Wieserjuden. Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ teilt folgenden Rechtsentscheid des Kammergerichts in Wieserjuden vom 15. Februar 1930 (17. Y. 4/30) mit: 1. Bei Ermittlung der Friedensmiete nach § 2 Abs. 2 der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen hat das Mieteinigungsamt auch darüber zu entscheiden, ob der Mieter oder Vermieter eine ihn nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht obliegende Nebenleistung vor dem 1. Juli 1914 vertraglich oder ordentlich übernommen hat. 2. Die Treppenreinigung kann zu den Nebenleistungen gehören, die dem Mieter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nicht obliegen.

Die diesjährige Maifeier-Festschrift. Partei und Internationale rüsten sich zur feierlichen Begehung der 40. Wiederkehr der Maifeier. Dem Mai-Jubiläum gewidmet ist eine Festschrift des Verlags J. G. B. Dieß (Partei-Zentral-Verlag), die in Anschauung des besonderen Anlasses mit besonderer Sorgfalt und Liebe hergestellt worden ist. Die nach lebenden Teilnehmern an historischen Kongressen von 1889, die Genossen Eduard Bernstein, Wilhelm Voß, Karl Frohne, Adolf Geß, Friedrich Geßler, Theodor Glode, Adolf Hoffmann, Fritz Kuhner und Wilhelm Berner unterbreiten ihre Erinnerungen an den denkwürdigen Beschluß der den Weltfeiertag der Arbeit aus der Taufe hob. Welche kulturelle Bedeutung der Maifeiertag sich erworben hat, schildert Anna Siemsen in zwingenden Ausführungen. Die Niedergabe des ersten in deutscher Sprache geschriebenen Maifeiergedichtes und eine erstmalige Veröffentlichung bisher unbekannter Materialien über die Aufregung der wilhelminischen Regierung anlässlich des ersten Maifeiertages vervollständigen den literarischen Teil. Künstlerisch stellt die Maifeierfestschrift des Dieß-Verlages ein Meisterstück dar. Das stattliche, 20 Seiten umfassende, in großem Format gehaltene und in farbigem Kupferdruck hergestellte Fest wird zum Preise von nur 25 Pfennig abgegeben.

Arbeiter-Rückfahrkarten für Gültige. Vom 1. April 1930 an können Reisende mit Arbeiter-Rückfahrkarten oder mit Arbeiter-Karten für Binnenschiffer auf Fahrten von wenigstens 75 Kilometer Länge Gültig sein. Die Arbeiter-Rückfahrkarten und Arbeiterkarten für Binnenschiffer, mit denen die erhebliche Fahrpreisminderung von 50 v. H. verbunden ist, gelten bisher nur für die niedrige Wagenklasse der Perion-klasse. Arbeiter-Rückfahrkarten werden auf Entfernungen bis zu 250 Kilometer ausgedehnt, Arbeiterkarten für Binnenschiffer auch noch weitere Entfernungen. Um nun solchen Benutzern dieser Karten entgegenzukommen, die lange Strecken zurücklegen müssen, wird ihnen vom 1. April an die Rückfahrt in Gültig gegen Zahlung des vollen tarifmäßigen Gültigzuschlages gestattet. Die Freigabe der Gültig mußte an eine Mindestentfernung gebunden werden, da ein großer Teil der Benutzer von Arbeiter-Rückfahrkarten und Arbeiterkarten für Binnenschiffer nur kurze Entfernungen zurücklegen hat und dieser Nahverkehr die Gültig zu stark belasten würde. Von der im Tarif vorgesehenen Möglichkeit, einzelne Gültig von dieser Vergünstigung auszuschließen, soll nur in geringem Umfang und nur aus zwingenden Gründen Gebrauch gemacht werden.

Aktion, Klempner und Installateure! Am Sonnabend, dem 29. März, 20 Uhr, findet bei West. Knochenhauerstr. 27/28, die Branchenversammlung statt. (Siehe Inserat.)

Aktion, Heizungsmonteur und Helfer! Wir machen auf die am Sonntag, dem 30. März, vormittags 10 Uhr, bei West. Knochenhauerstr. 27/28, stattfindende Branchenversammlung aufmerksam. (Siehe Inserat.)

Ein evangelischer Pfarrer als Sittlichkeitsverbrecher. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Magdeburg wurde der evangelische Geistliche Alfred Th. von hier wegen Sittlichkeitsverbrechen (Vornahme unzüchtiger Handlungen) zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Der schon über 40 Jahre alte Mann hat 3 Kinder und eine geliebte Frau zu ernähren. Er wurde nach Bekanntwerden der Tat sofort seines Amtes enthoben. Th. war als Seelsorger im hiesigen Schifferheim tätig. In dieser Eigenschaft näherte er sich in seiner Wohnung in 2 Fällen einem 18 Jahre alten Schülern eines Schiffers, von der er sich Aufgabenscheine ins Haus bringen ließ, in unzüchtlicher Weise. Das Kind ergriffte von den Sittlichkeitsverbrechen des Pfarrers zu Hause, was durch die rechtzeitige Entdeckung der Sittlichkeitsverbrechen einer weiteren Ausbreitung verhindert worden ist. Da Th. bisher noch unbescholten war, erhielt er eine Bewährungsfrist von 3 Jahren.

Der Gerüst gestürzt. Am Montagvormittag gegen 11 Uhr stürzte ein Gerüst in der Giebelsstraße, ungefähr 1 1/2 Stockwerk hoch, vom Gerüst auf die Straße. Mit schweren innern Verletzungen wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Auf den durch das Regenerweiterungsgelände gewordenen Trittbrettern der Klüftung soll der Schaden an den Gebäuden auf 5000 Mark geschätzt sein.

Ganztagesdieb! In Magdeburg scheint wieder ein Ganztagesdieb eine Gastrolle zu geben. Am Montagmorgen gegen 17 Uhr wurde einer Frau, die wohl selbst nur dem Arbeiterstand angehört, während sie vor dem Schaufenster einer Kunsthändlerin auf dem Breiten Wege stand, um die Auslagen anzusehen, ihr Portemonnaie aus der Handtasche gestohlen. Der Dieb hatte sich im letzten Nachmittagsverkehr auf dem Breiten Weg an die Frau herangedrängt, undemerkte ihre Handtasche geöffnet und daraus das Portemonnaie gestohlen. Einen Moment nach dem Geschehen merkte die Frau wohl instinktiv das Unheil. Doch vermochte sie nicht mehr festzustellen, wo der Dieb war. Er ist also merkwürdig geblieben. Es ist anzunehmen, daß er sein unfruchtbares Handwerk hier fortsetzen wird. Also Achtung und Vorsicht!

Wer traut dem Lastkraftwagenführer? Am 25. März gegen 17.10 Uhr wurde in der Halberstädter Straße vor dem Grundstück Nr. 12 eine männliche Person von einem ihn überfallenden Lastkraftwagen mit Anhänger angefahren und am Fuße erheblich verletzt, so daß die Heberführung in ein Krankenhaus erfolgen mußte. Der Führer des Lastkraftwagens mit Anhänger ist, ohne sich um den Verletzten zu kümmern, weiter gefahren. Personen, welche die Nummer des betreffenden Lastkraftwagens ermitteln haben oder sonst Angaben zur Sache machen können, werden gebeten, dies im Polizeipräsidium, Kriminaldirektion, Zimmer 27, mitzuteilen.

Sturmbrecher. In einem hiesigen Geschäft in der Knochenhauerstraße wurde ein fremder Sturmbrecher erwischt und daraus ein brauner einreihiger Jagdmantel und zwei Leinwandtaschen und gestohlene Freizeitschriften gestohlen. Sachdienliche Angaben erbetet die Kriminaldirektion, Zimmer Nr. 27-28.

Unfall. Der Handelsmann Julius Schwanitz, wohnhaft in der Giebelsstraße 29, wurde von einem Motorrad angefahren. Er erlitt dadurch ein schweres Bein- und Kopfverletzungen, so daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Kassendiebstahl. Am 26. März um 6.20 Uhr wurde die Kasse der Gewerkschaft nach der Otto-von-Gunze-Straße zu einem Kassendiebstahl (Kassendiebstahl) angefordert. Das Feuer wurde mit einem Feuerlöscher gelöscht. Um 6.20 Uhr kehrte die Kassendiebin wieder auf die Straße zurück.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sind ein Mittel, um die Arbeiter zu organisieren und zu verteidigen, nicht aber ein Ziel an sich.





# Plus Mitteldeutschland

## Gewaltiger Sieg in Schönebeck

### Stahlhelmpolizei in der Radiatorenfabrik.

Die Nationalsozialisten, der christlich-deutschnationale Arbeiterverein, der Stahlhelm, die Unorganisierten und die Kommunisten hatten zum 10jährigen Bestehen des Betriebsratsgebetes eine eigne Betriebsratsliste im größten Betrieb von Schönebeck aufgestellt. Alle anderen Betriebe, ganz gleich welcher Industrie, blieben verschont. Die Nationale Radiatoren-Gesellschaft sollte Versuchssobjekt sein.

Wie ist dieser Versuch elendiglich gescheitert! 751 Mann, gleich 98 Prozent, gingen zur Wahl. 730 Stimmen erhielt die freigewerkschaftliche Liste aus, der rechts- und linksradikale Mischmasch erhielt — 19, und 2 Stimmen waren ungenügend. Das ist der erträumte „Sieg“ der Arbeiterzerplitterer!

Die Stahlhelmer und Genossen von links hatten sich als Spitzenkandidaten Wilhelm Herold, Schönebeck, Worth 14, ausgesucht. Fritz Justus, Schönebeck, Elbstraße 25, und Wilhelm Stehert, Dr.-Martin-Luther-Straße 14, waren seine anderwählten Stützen. Die letzteren sind zum Teil unbekannt. Fritz Justus ist bekannt als Oberwächter in der Lignose seligen Angedenkens. —

## Wilder Motorradfahrer verbreitet Anheil

Am Dienstag gegen 9.30 Uhr abends besuchte ein auswärtiger Motorradfahrer den Bürgersteig der Salzer Straße. Als er vom Bürgersteig auf den Fahrdamm einbiegen wollte, fuhr er gegen ein Fahrrad, das von seinem Fahrer an der Hand geführt wurde. Hierbei wurde das Fahrrad stark beschädigt.

Eine Frau mit Stahlhelme niedergebissen

In der Nacht zum 23. März wurde in Uckerleben eine Frau auf dem Wege vom Betschornhaus nach ihrer Wohnung, Liebenruhener Plan, von einem jungen Manne im Alter von 25 bis 30 Jahren überfallen, und da sie sich seinem Willen nicht fügte, mit einem Gummihüpfel ober einer Stahlraute schwer zugerichtet. Wann sind ähnliche Fälle passiert? Sachdienliche Mitteilungen werden von der Kriminalpolizei in Uckerleben entgegengenommen. —

## Vom Wagen überfahren und getötet

Der Gajnwirt Wilhelm Schulz aus Ziedenlangenberg wurde, als er sich auf der Rückfahrt vom Bahnhof Pezzenorf befand, von seinem Katerwagen überfahren und sofort getötet. Ein durchgeführter Autopsie, als die Pferde plötzlich scheuten und er durch Ausschlagen der Schopfelle vom Wagen stürzte. Vorder- und Hinterrad gingen über seinen Kopf hinweg und zermalnten ihn. Der Tod trat sofort ein. —

## Kind vom Auto mitgeschleift

Am Dienstag gegen 17 Uhr kam der Gießfabrikant Schauer mit seinem Personenwagen von der Neuperlestraße und bog in die Burgstraße in Salzmedel ein. Vor dem Hause des Gärtnereibesizers Raether lief ihm ein 6jähriges Mädchen vor das Auto. Es wurde von dem linken Vorderrad erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Das Kind wurde am Kopf und am Bein erheblich verletzt. Die Rücksichtslosigkeit und das wenig von Anstand zeugende Verhalten des Fahrers verdienen besonders geißelt zu werden. Der Fahrer hielt es, obwohl er von Passanten dazu aufgefordert wurde, nicht für nötig, die Verletzte zum Arzt zu fahren, oder sich darum zu kümmern. Gegen den rücksichtslosen Fahrer ist Anzeige erstattet worden. —

## Drahtseil über der Straße

Auf der Landstraße zwischen Halle und Domnitz hatten bisher noch unbekannte Täter ein starkes Drahtseil über die Straße gespannt. Dem Führer eines vollbesetzten Kraftwagens gelang es aber, kurz vor dem Hindernis den Wagen zum Halten zu bringen, so daß ein unübersehbares Unglück verhütet wurde.

Die Unbekannten ergriffen die Flucht, als sie sahen, daß ihr verbrecherischer Plan gescheitert war. Ein kurz zuvor die Stelle passierender Motorradfahrer hatte das Hindernis bemerkt. Er und sein Begleiter stürzten sich und fuhren unter dem Seil hindurch. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange. —

## Revolverattentat auf die Versteigerungsbeamten

Bei einer Schiffsversteigerung in Neue Schleuse. In der kleinen Ortschaft Neue Schleuse, dicht bei Rathenow, ereignete sich bei der Versteigerung eines großen Eisens der Schiffsbauerei Sorge ein unerhörter Zwischenfall.

Der Inhaber dieser Schiffsbauerei, der Schiffseigner Windischmann, war vor mehr als 1 1/2 Jahren in Zahlungsunfähigkeit geraten und mußte darauf seinen Betrieb stilllegen. Die Hauptgläubigerin, die Eisfirma J. H. Krause in Brandenburg, die für ziemlich hohe Summen Schiffsbleche an die Schiffsbauerei Sorge geliefert hatte und sich nun großen Verlusten gegenüber sah, stellte zwei von noch drei im Bau befindlichen Eisbänen auf eigene Rechnung und Gefahr fertig. Um den dritten Eisbahn führte Windischmann mit der Brandenburger Firma zwei umfangreiche Prozesse, da er durch frühere Anzahlungen und durch die nach dem Konkurs geleisteten freiwilligen Arbeiten noch Ansprüche zu haben glaubte.

Bei der Versteigerung war der Schiffseigner außerordentlich aufgeregt, da er außer seinen eignen Ersparnissen noch Gelder seiner Verwandten zu verlieren fürchtete. Als der Gerichtsvollzieher und der Konkursverwalter zur Versteigerung schreiten wollten, jürzte sich Windischmann auf die Beamten, zog einen Revolver und drückte zweimal ab. Glücklicherweise verfiel er in beiden Fällen die Waffe. Windischmann war so in Erregung, daß ihm erst nach längerem Ringen die Waffe aus der Hand geschlagen werden konnte. Er wurde durch herbeigeeilte Landjägerbeamte verhaftet. —

Hebertritt zur Sozialdemokratie. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Weichensfeld wurde auf der Liste „fortschrittliche Vereinigung“ der Polizeihauptwachmeister Gersbeck gewählt. Gersbeck hat sich nun offiziell der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen, wodurch die Linke im Stadtparlament eine Mehrheit von einer Stimme erlangt. —

Kalb mit „Dadelsbein“. Eine eigenartige Mißgeburt brachte dieser Tage eine Kuh des Uckerbürgers Sührte in Ribnitz zur Welt. Die Beine des Kalbes waren dadelsbeinartig gebogen, so daß das junge Tier ganz die Form eines riesigen Dadels hatte. Der Kopf des Tieres war unförmlich plump; dicht über der Schnauze saßen die Augen. Infolge gewaltigster Geburtshilfe, die notwendig war, ging das an sich kräftig entwickelte Kalb ein, das der Jachmann „Wasserkalb“ bezeichnete.

## Die Arbeitslosigkeit in Hötensleben

In unserer Nummer 51 vom 1. März 1930 schrieben wir unter dieser Heberschrift u. a., daß „auch das Verhalten des Betriebsleiters der Zweifirma Ahrens u. Vode, Schöningen (früher Firma G. Nie mann, Hötensleben), treffend zeigt, wie man die große Arbeitslosigkeit dazu ausnützen will, möglichst billige Arbeitskräfte zu bekommen“. Wir behaupteten dann: „Die Firma wollte einen jungen Dreher einstellen. Sie bot ihm einen Stundenlohn von 63 Pfennig an, obwohl der Tarif 83 Pfennig beträgt. Auf den Tarif hingewiesen, stellte Betriebsleiter Herbig in Aussicht, eine Leistungszulage zu zahlen. Gemeinhin nennt man das wohl Kfferd? Der freigestandene Dreher hat es selbstverständlich abgelehnt, unter Tarif zu arbeiten. Verwundert muß das Verhalten der Firma auch, wenn man bedenkt, daß sie in ihrem Hauptgeschäft aufstandslos den Tarif zahlt. Von dem Betriebsleiter ist bekannt, daß er nationalsozialistische Versammlungen besucht.“ — Wir müssen heute mit Bedauern mitteilen, daß die Behauptungen über die Unterredung zwischen dem Betriebsleiter und dem Dreher von unsemr Gewährsmann nicht aufrecht erhalten werden. —

## Wieder 100 Millionen gespart

### Die preussischen Sparkassen im Februar.

Wie der „Antikliche Preussische Pressebericht“ auf Grund der „Deutschen Sparkassen-Zeitung“ mitteilt, betrug Ende Februar 1930 der Bestand der Spareinlagen in den preussischen Sparkassen 5530,9 Millionen Mark, die Einzahlungen betrugen 407,5, die Auszahlungen 303,2, der Zuwachs demnach 104,3 Millionen Mark. Auf die einzelnen Provinzen verteilt ergibt sich folgendes Bild: Der Bestand in Berlin betrug 405,7 (Zuwachs 6,5), Brandenburg 419,8 (6,1), Hannover 699,1 (13,7), Hessen-Nassau 312,6 (7,7), Niederdeutschland 343,9 (4,6), Oberdeutschland 110,8 (1,6), Ostmark 202,2 (3,6), Pommern 209 (6,4), Rheinland 1436,8 (16,9), Westfalen 877,7 (16,4), Sachsen, Thüringen, Anhalt 477,6 (12,3), Schleswig-Holstein 230,1 (6). Der Bestand an Giro- usw. Anlagen betrug Ende Februar 880 (im Vormonat 867,3) Millionen Mark.

## Die Witwenrenten gesichert

Als am 12. Juli 1929 auch den Witwen die Gewährung der Witwenrente zugestimmt wurde, deren Männer vor dem 1. Januar 1912 verstorben oder vor diesem Zeitpunkt invalid geworden und vor dem 1. Januar 1926 verstorben waren, gibt ein Aufsatze durch die Weichen der Hinterbliebenen. Ein aues Anrecht der Gesetzgebung war befestigt. Nachdem in der Invalidenversicherung der Grundgedanke der Anwartschaftsbedingung nach der Inflation fallen gelassen werden mußte, war es ein Anrecht, nur denjenigen Hinterbliebenen Rente zu gewähren, deren Angehörige erst nach dem 1. Januar 1912 invalid geworden oder verstorben waren.

Es war daher bedauerlich, daß die Landesversicherungsanstalten sich weigerten, in den Fällen die Witwenrenten zu zahlen, in denen nach einem Gesetz vom Jahre 1899 den Hinterbliebenen die Hälfte der geleisteten Beiträge ausbezahlt werden war. Das machte so böses Blut, daß allgemein die Anwartschaft ausgesprochen wurde: hier wird ein Gesetzgebungswerk des Reichstags irrtümlich ausgelegt.

Das Reichsversicherungsamt hat in einer grundsätzlichen Entscheidung, deren wichtigste Stellen sogar durch Radio verbreitet wurden, nunmehr endgültig entschieden, daß auch in diesen Fällen die Witwenrente, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, gezahlt werden, und die erstatteten Beiträge nicht in Abzug gebracht und auch bei der Berechnung der Renten nicht in Anschlag gebracht werden können.

In einer weiteren grundsätzlichen Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt ferner entschieden, daß in den zutreffenden Fällen, in denen der Ehemann bereits kurz nach Einführung der Invalidenversicherung verstorben, ohne eine vierjährige Anwartschaftszeit zu erreichen, die Rente zu zahlen ist, wenn die vorgelegte Arbeitszeit mit in Anschlag gebracht werden kann. Diese vorgelegte Arbeitszeit muß bei zutreffenden sonstigen Verhältnissen nicht zugrunde gelegt werden. Es kann daher gesagt werden, daß in fast allen diesen Fällen die Witwenrente gewährt wird, auch dann, wenn die betreffenden Personen bereits vor dem Jahre 1894 verstorben sind.

Die Hinterbliebenen müssen daher, wenn sie bereits vor Erlass dieser Entscheidung rechtskräftig von dem Landesversicherungsamt oder der Landesversicherungsanstalt mit ihrem Anspruch abgewiesen sind, unbedingt neue Witwenrenten-Anträge stellen.

## Blutig geschlagen und eingelocht

In unserer Nummer 67 vom 20. März schilderten wir unter dieser Heberschrift wie der landwirtschaftliche Cizee Georg Schulze im Betrieb des Rittergutsbesizers Trog in Brumbow im Kreise Neubalderleben den fünfjährigen Sohn eines im Betrieb beschäftigten Landarbeiters „auf unerhörte Weise mißhandelt“ habe. Dazu erhalten wir nun mit Bezugung auf das Pressegesetz die folgende Mitteilung:

Bezugnehmend auf die in der „Vollstimme“ gegen mich erhobenen Beschuldigungen sehe ich mich zu folgender Richtigstellung veranlaßt:

Der 5jährige Sohn des landwirtschaftlichen Arbeiters Franz Laboda wurde von Frau Martha Langenheim beobachtet, wie er, sich vorichtig umschauend, den Stall der Legehennen öffnete und hineinging, während zwei Spielkameraden in einiger Entfernung (etwa 6 Meter) „Schmiere handten“. Von der Frau angerufen, verließ der kleine Laboda eilig den Stall und suchte mit seinen Spielkameraden zu entkommen.

Ich hatte den Anruf gehört, den Vorgang beobachtet und begab mich daher auf die den Arbeiterwohnungen führende Straße, um den Gerdiebstahl den Heimweg abzu schneiden. Als mir hier die drei Jungen entgegenkamen, legte der kleine Laboda ein Ei, das er aus der Tüte zog, an den Wegrand mit den Worten: „Gerr Schulze, quid mal, ein Ei!“ Dann wollte er fortlaufen. Ich ergriff ihn aber, um ihn mit zu meinem Hof zu nehmen. Da derselbe aber im Augenblick bringende Beschäftigung hatte, sperrte ich den Jungen in Ermangelung eines andern fluchtfähigen Geländes in einen Keller, in der Absicht, ihn sobald als möglich zu meinem Hof zu bringen.

Hierbei ist der Junge in keiner Weise mißhandelt worden! Dies beweist auch die ärztliche Untersuchung, die der Vater am Nachmittag desselben Tages vornehmen ließ und durch die, den Versicherungen des Vaters zufolge, nur eine Hautabschürfung über dem rechten Auge und eine leichte Quetschung auf der Brust eines Fußes festgestellt wurde. Die Hautabschürfung wich sich der Gerdiebstahl beim eiligen Hervorkommen aus dem sehr niedrigen Hühnerstall zugezogen haben. Den Grund der Quetschung weiß ich nicht.

Bemerkenswert sei noch, daß der bewußte Keller keine Fenster hat (elektrische Beleuchtung) und daß auch die Behauptung, der Junge habe vor Schreck Krämpfe bekommen, unzutreffend ist.

Der Junge wurde etwa eine Viertelstunde nach dem Vorfall, als der von der Arbeit heimkehrende Vater die Freilassung seines Sohnes forderte, wieder in Freiheit gesetzt.

Für alle hier von mir aufgestellten Behauptungen sind Zeugen vorhanden. Auch hatte mein Kollege Koloff schon etwa 8 Tage vorher den Vater des Jungen auf die gelegentlichen Diebstehle seines Sohnes aufmerksam gemacht, was aber nicht den gewünschten Erfolg hatte.

G. Schulze-Söhne.

Von dem Einsender der Berichtigung wird zugegeben, daß er den fünfjährigen Sohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters, den er als „Gerdiebstahl“ bezeichnet, in einen Keller gesperrt und erst freigelassen hat, als der Vater des Jungen dies forderte. Mit welchem Rechte geschah die Einlochung des Fünfjährigen in einen fensterlosen Keller? —

Burg. Grober Unfug. Wie schon oft wurden wieder und wieder die Schaufenster der „Natal-Vertriebsstelle“ zerrümmert und eine Anzahl Glühbirnen gestohlen. — Ein Unzufälliger ereignete sich wieder an der Ecke Kaiserling-Brüderstraße und Magdeburger Straße. Zwei Autos begegneten sich dort: das eine wollte an dieser gefährlichen Ecke einen Zusammenstoß vermeiden und fuhr dabei gegen eine Gaslaterne. Das Gasrohr brach und das Gas entzündete sich. Eine Erbschaftsleute koch am Hause

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck: Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.

Den endgültigen Qualitätsbeweis führt der Raucher selbst.

Ich rauche Kurmark täglich wenigstens 30 Stück. Ich kenne kein anderes Fabrikat, das in unveränderter Güte bekanntlich und zugleich so angenehm schmeckt wie eben Kurmark. Ich rauche Kurmark und bin glücklich darüber, was ich auf Kurmark anzuwenden machte.

KURMARK CIGARETTEN

5 Pf

die Zigarette der neuen Epoche!



